Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 180 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.— Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 13.50, monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Dienstag, den 3. August 1920 | Anzeigenpreis: 1m achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf.; Reklame im Textteil 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 20% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang

Gescheiterte Einigungsversuche.

Aus dem Bericht des Internationalen Sekretariats an den Genfer Sozialistenkongreß.

Wir geben aus dem Bericht des Internationalen Sekretariats zunächst ein Kapitel wieder, das die Parteigenossen in Deutschland besonders interessieren wird. Es betrifft die vergeblichen Einigungsversuche, die von der Internationalen Kommission für Deutschland in den Tagen des Kapp-Putsches unternommen worden sind, und zeigt durch seine objektive Darstellung der Tatsachen die schwere Schuld der U. S. P.

Besonderes Interesse wird auch die Mitteilung erwecken, daß die so vielseitigen Kappisten sogar auch mit der Internationale Beziehungen anzuknüpfen versuchten.

Die Internationale war sich klar darüber, daß der Bruderkampf zwischen den sozialisten Parteien in Deutschland, der bisweilen unerhört heftige Formen angenommen hatte, eine ernste Gefahr für den Wiederaufbau der Internationale und eine der wichtigsten Ursachen ihrer Zersplitterung darstelle. Darum wurden bald nach der Luzerner Konferenz Vorbereitungen getroffen zur Entsendung einer internationalen Untersuchungskommission nach Deutschland. Die Kommission wurde anläßlich der Versammlung des Inernationalen Aktionskomitees am 20. und 21. Dezember in London eingesetzt. Sie sollte sich zusammensetzen aus Henderson, Mistral, Wibaut und Huysmans; den Sekretär. Infolge der Erkrankung Hendersons delegierte die britische Arbeiterpartei Thomas Shaw an seiner Stelle. Das Gewicht der Kommission wurde erhöht durch den Umstand, daß sich ihr Vertreter der Arbeiterbewegung andrer Länder anschlossen, nämlich Van Roosbroeck und de Brouckère für Belgien, Engberg für Schweden, Dipouchock und Matiuchenko für die Ukraine, Caussy (Frankreich), de Roode (Holland), Angeli für Georgien, Rimka für Litauen und Karlsberg für Estland.

Die Kommission hatte sich zur Aufgabe gestellt, die Ursachen und Begleitumstände des Bruderzwistes in Deutschland an Ort und Stelle zu studieren und Mittel und Wege für seine Beilegung ausfindig zu machen.

Die Kommission kam schließlich am 13. März in Berlin an, in dem Augenblicke, wo die Militaristen und Reaktionäre ihren Staatsstreich veranstalteten. Shaw, der einen Tag später abreiste, konnte infolge des inzwischen in Deutschland ausgebrochenen Generalstreiks nur bis Köln gelangen.

Der plötzliche Abbruch des Putsches mußte naturgemäß den Arbeitsplan der Kommission vollständig über den Haufen werfen. Von einer ruhigen und geduldigen Untersuchung der Streitpunkte und von langwierigen Vermittlungsversuchen konnte nicht mehr die Rede sein. Jetzt galt es, zunächst alle Gruppen der Arbeiterschaft schleunigst zu gemeinsamer Aktion zu einem ganz bestimmten und begrenzten Zwecke zusammenzubringen, nämlich zur Niederschlagung des konterrevolutionären Staatsstreichs und zur Rettung der deutschen Republik aus höchster Gefahr. Die plötzliche Krise machte die internationale Kommission gewissermaßen zum Mittelpunkt der Versuche der Berliner Arbeiterschaft, sich vom ersten Schreck zu erholen und sich zu gemeinsamer Aktion zu sammeln. Aber selbst in dieser Stunde der äußersten Not kamen die alten Zwistigkeiten zum Durchbruch. Alle Gruppen waren sich darüber einig, daß der Generalstreik sofort proklamiert werden müsse. Aber die Unabhängigen lehnten unter Berufung auf ihren Leipziger Parteitagsbeschluß die Aufforderung der Gewerkschaftskommission ab, gemeinsam mit den Kommunisten und der Mehrheitspartei einen Aufruf zum Generalstreik zu unterzeichnen. Sie bestanden auf der Veröffentlichung eines besonderen Aufrufs, der von den lokalen Gewerkschaftsverbänden und den Arbeiterräten mitunterzeichnet wurde. Immerhin gelang es, die Parallelität, wenn auch nicht die Gemeinsamkeit der Aktion zu wahren. Im Laufe des gewaltigen Kampfes der Berliner Arbeiterklasse hatten die Mitglieder der Kommission verschiedentlich Gelegenheit, den führenden Genossen mit Rat und Tat beizustehen. Sie konnten der Berliner Arbeiterklasse die Gewißheit verschaffen, daß die von den Putschisten sorgfältig ausgestreuten Berichte, wonach die Ententemächte mit ihnen Verhandlungen pflogen, eitel Bluff waren. Als dann die Staatsstreichler das Spiel verloren sahen, machten sie diskrete Versuche, sich durch Vermittlung der Kommission einen möglichst glimpflichen Rückzug zu sichern. Diese Anbiederungsversuche wurden von der Kommission natürlich rundweg abgelehnt.

Nach der schmählichen Niederlage der Putschisten infolge des glänzend durchgeführten Generalstreiks wurde die Frage der Verständigung zwischen den verschiedenen Sektionen der Arbeiterbewegung wieder eine brennende. Jetzt handelte es sich darum, eine Regierung einzusetzen, ein Aktionsprogramm auszuarbeiten und Garantien für dessen Durchführung bereitzustellen. Aber wieder stellten sich allen Verständigungsversuchen die größten Hindernisse entgegen. Die Unabhängigen forderten zunächst die Ausschaltung Noskes und einiger seiner Kollegen. Eine Verständigung in diesem Sinne wäre unschwer zu erzielen gewesen, denn auch die Mehrheitler waren sich einig darüber, daß Noske den Platz räumen müsse. Aber die Unabhängigen forderten darüber hinaus die Einsetzung einer rein proletarischen Regierung, obschon sich eine solche auf keine Mehrheit in der Nationalversammlung hätte stützen können, und ließen durchblicken, daß sie zu diesem Zwecke unter Umständen bereit wären, mit der Mehrheitspartei zusammen eine Koalitionsregierung zu bilden. Die Mehrheitler dagegen trugen Bedenken gegen die Einsetzung einer Minderheitsregierung.

Inzwischen näherte sich die Frist, die der Kommission in Deutschland gesetzt war, ihrem Ende. Am 17. März richtete sie den folgenden Aufruf an die deutsche Arbeiterklasse, der im „Vorwärts" und in der „Freiheit" veröffentlicht wurde:

Die unterzeichneten, augenblicklich in Berlin weilenden Vertreter der sozialistischen Parteien verschiedener Länder drücken einmütig dem deutschen Proletariat ihre Sympathien und ihre wärmsten Glückwünsche aus zu dem Sieg, den es über die Militärkaste durch die Anwendung seiner Kraft als Klasse davongetragen hat. Sie rechnen darauf, daß es dem deutschen Proletariat gelingen wird, endgültig den Junkern die Militärgewalt zu entreißen. Sie beschwören ihre Genossen aus allen sozialistischen Fraktionen, unter den augenblicklichen gefahrvollen Verhältnissen abzusehen von den sie trennenden Tendenzen und ihr Handeln einheitlich zusammenzufassen zur Sicherung und Kräftigung der Republik und zur Weiterentwicklung der ersten Errungenschaften der deutschen Revolution, die die unerläßlichen Vorbedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus darstellen.

Dieser Aufruf wurde sowohl von den Mehrheitlern wie von den Unabhängigen günstig aufgenommen. Von beiden Seiten wurde der Kommission Dank ausgesprochen für die darin zum Ausdruck gebrachten Gefühle sowie für die Bemühungen der Kommission, eine Verständigung zwischen den beiden Sektionen herbeizuführen.

Allein die Kommission war entschlossen, Berlin nicht eher zu verlassen, als bis sie einen weiteren konkreten Versuch zur Herstellung der Einigkeit gemacht und die beiden Fraktionen auch formell aufgefordert haben würde, sich mit den Mitgliedern zusammen zu einer gemeinsamen Beratung zu versammeln. Die Kommission wurde bei diesem Vorhaben durch den tätigen Beistand namentlich Kautskys und Bernsteins unterstützt und bestärkt, aber auch viele andre Unabhängige ermunterten sie zu diesem Versuche.

Die S. P. D. stimmte dem Vorschlage einer gemeinsamen Beratung sofort zu. Die U. S. P. lehnte nach längerer Beratung ab. Die Beschlüsse des Leipziger Parteitags, erklärte Crispien dem internationalen Sekretär, verböten seiner Partei jede derartige gemeinsame Besprechung mit Vertretern der S. P. D.

Da sich die sozialistischen Parteien infolge ihrer Uneinigkeit zu einer entscheidenden Aktion unfähig erwiesen, traten die Gewerkschaften in die Bresche. Die Kommission wohnte der Versammlung von Gewerkschaftsvertretern am 20. März bei, an der die bekannten Bedingungen der Arbeiterschaft für die Beendigung des Generalstreiks festgesetzt wurden. Darauf wurde noch einmal der Versuch gemacht, diesmal von den Gewerkschaften selber, eine gemeinsame Beratung der beiden sozialistischen Fraktionen herbeizuführen, um zu den festgesetzten Bedingungen Stellung zu nehmen. Die Vertreter der Mehrheitsparteien erschienen zur anberaumten Stunde. Die Vertreter der U. S. P. hielten sich abermals fern. So wurden die Verhandlungen über die Einsetzung der neuen Regierung von den Vertretern der Gewerkschaften selber festgesetzt und auch zu einem günstigen Ergebnis geführt.

Die Zeit, die die Kommission in Berlin verbrachte, war für die Internationale gewiß nicht verloren, aber ihr unmittelbares Ziel vermochte die Kommission nicht zu erreichen.

Internationaler Bergarbeiter- und Sozialistenkongreß.

Genf, 2. Aug. Der Internationale Bergarbeiterkongreß wurde heute vormittag 10½ Uhr durch den Präsidenten Smillie (England) eröffnet, der zuerst Begrüßungstelegramme bekannt gab, darunter vom Internationalen Transportarbeiterverband, vom Kongreß der Gewerkschaften der romanischen Schweiz und von der belgischen Gewerkschaftszentrale. Smillie hielt darauf eine Ansprache, in welcher er unter anderem erklärte, daß hoffentlich die Erwartungen gewisser Pressorgane sich nicht erfüllten, daß der Genfer Kongreß sich mit nutzlosen gegenseitigen Vorwürfen abgeben werde, vielmehr hoffe er bestimmt, daß er nützliche Arbeit leisten und Wunden heilen werde. Vor 31 Jahren seien bei dem ersten Kongreß schon nationale Gegensätze zutage getreten, die damals mit geringer Mühe beseitigt worden seien. Das Ziel der Bergarbeiterinternationale müsse die Befreiung der Bergarbeiter vom Kapitalismus sein. Das sei schon heute das Programm verschiedener nationaler Sektionen, müsse aber das internationale Programm werden. Schon auf dem Karlsbader Kongreß 1913 habe er behauptet, daß die andauernden internationalen Rüstungen einen Weltkrieg unvermeidlich machten, und die Bergarbeiterschaft aufgefordert, im Falle eines Krieges den Generalstreik zu proklamieren. Damals hätten die Bergarbeiter in erster Linie die Möglichkeit gehabt, den Weltkrieg zu verhindern. Der internationale Bergarbeiterkongreß müsse sich heute nicht nur grundsätzlich gegen jeden Krieg aussprechen, sondern die Verhinderung eines solchen für die organisierte Arbeiterschaft ins Auge fassen; er solle sich im Falle eines Krieges grundsätzlich für den internationalen Streik aussprechen. Smillie teilte mit, daß er vor dem Ausbruch des Weltkrieges mit dem Sekretär des internationalen Kongresses eine Aktion unternommen habe zwecks Herbeiführung eines internationalen Bergarbeiterstreiks, aber diese Aktion sei daran gescheitert, daß die Telegramme ihren Bestimmungsort nicht erreicht hätten. Der Präsident gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß der internationale Bergarbeiterkongreß dem gleichzeitig tagenden Genfer Sozialistenkongreß ein Beispiel für die Wiederherstellung der internationalen Solidarität geben möge.

Dann ergriff Hue das Wort und dankte namens der deutschen Bergarbeiterschaft den britischen Kollegen für die Art und Weise, wie sie während des Krieges die Geschäfte der Bergarbeiterinternationale geführt hätten. Weiterhin erklärte er im Namen der deutschen Bergarbeiter, daß das internationale Sekretariat weiter in England bleiben solle.

Namens der belgischen Delegation schloß sich d'Ejardi dem Ausdruck des Dankes an und gedachte unter Beifall der Versammlung der hervorragenden belgischen Arbeiterführer, die an den Leiden des Krieges gestorben seien.

Der Rücktritt des bisherigen Sekretärs der Internationale wurde genehmigt und ihm für seine Verdienste gedankt. An seiner Stelle wurde der britische Bergarbeitersekretär Hodge gewählt, der die Wahl annahm und als Aufgabe der Bergarbeiterinternationale die Befreiung der Bergarbeiter vom Kapitalismus bezeichnete. Dann verlas er verschiedene Berichte der belgischen, deutschen und französischen Bergarbeiterschaft über die Lage in den verschiedenen Ländern und behandelte die Frage der Neuorganisation der Bergarbeiterinternationale.

Genf, 2. August. Internationaler Bergarbeiterkongreß. In der Nachmittag-Sitzung kam der Entwurf der Belgier über die neuen Statuten zur Verhandlung. Hierzu führte der belgische Delegierte Dejardi u. a. aus: Neben der Forderung auf Sozialisierung und Herabsetzung der Arbeitszeit müßte auch der Kampf gegen den Krieg erklärt werden. Präsident Smillie erklärte, die Angelegenheit müßte zur näheren Prüfung und Ausarbeitung dem internationalen Komitee unterbreitet werden, das dann auf dem nächsten Kongreß Anträge einbringen könne. Der Generalsekretär der deutschen Bergarbeiter erklärte, die Deutschen stimmten dem Antrag der Belgier auf Statutenrevision zu, nur wünschten sie eine größere Herabsetzung der Arbeitszeit. In Deutschland hätten die Bergarbeiter bereits eine Arbeitszeit von 7 Stunden und das Ziel muß die Sechsstundenschicht sein. Eine Arbeitszeit von acht Stunden gehört in Deutschland für die Bergarbeiter der Vergangenheit an.

Präsident Smillie stellt fest, daß im Verlaufe eines neuen Krieges der internationale Bergarbeiterstreik erklärt werden müsse. Durch eine solche Erklärung würde ein Krieg unmöglich gemacht werden, denn ohne Kohlen könne ein Krieg nicht durchgeführt werden. Hue-Deutschland, von der englischen Delegation lebhaft begrüßt, erklärt, daß er dem Vorschlag, einen neuen Krieg mit einem internationalen Bergarbeiterstreik zu beantworten, von ganzem Herzen zustimme. Präsident Smillie schlägt vor, diese Angelegenheit dem internationalen Komitee zu überweisen, das dem Kongreß noch vor Schluß des Kongresses Bericht erstatten soll. Die Verhandlung wurde dann auf morgen vormittag vertagt.

Sozialistenkongreß.

Genf, 2. August. Die deutschen Delegierten des Internationalen Sozialistenkongresses sind nunmehr vollständig eingetroffen. Die Mehrheit der deutschen Delegierten, darunter Scheidemann und Wels, ist mit dem Wortlaut der Resolution über die Schuldfrage, die als zu einseitig und zu scharf gegen Deutschland bezeichnet wurde, nicht einverstanden. Infolgedessen ist diese Angelegenheit neuerdings an die Kommission verwiesen worden, die versuchen wird, eine Formel zu finden, die zwar das kaiserliche Deutschland scharf verurteilt, aber den Standpunkt vertritt, daß die Schuld am Weltkriege letzten Endes in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu suchen ist.

Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu der Resolution des Ausschusses des Genfer Sozialistenkongresses

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200803-18/fragment/page=0001

Über die Kriegsschuldfrage folgendes Telegramm nach Genf gesandt: „Fraktionsvorstand hält Zustimmung der deutschen Delegation zum Genfer Anschußantrag für unmöglich, da Archive anderer Länder nicht geöffnet sind und deshalb solches Urteil über Schuldfragen ganz einseitig und ungerecht wäre."

Inland.

Aufruhr und Terror in Zittau.

Der „Vorwärts" läßt sich berichten:

Dresden, 2. August. Ueber die Vorgänge in Zittau veröffentlicht die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei eine Mitteilung, in der es u. a. heißt:

Unverantwortliche Kreise haben aus Anlaß von Vorkommnissen nach einer Versammlung der U. S. P. einen Teil der Bevölkerung zu Gesetzlosigkeiten und Gewalttaten veranlaßt. Ueber den Kopf der Gewerkschaften hinweg hat sich ein eigenmächtig gebildeter Aktionsausschuß als Inhaber der höchsten Gewalt ausgerufen und den offenen Kampf gegen die verfassungsmäßigen Organe aufgenommen. Landfremde versuchen einen spartakistischen Putsch. Der Führer ist der steckbrieflich verfolgte Müller-Jordan aus dem Ruhrrevier, der dort wie auch im Lugau-Oelsnitzer Revier namenloses Unglück über die Arbeiter gebracht hat.

Eine terroristische Minderheit ist zu Gewalttätigkeiten übergegangen, bei denen 8 Amtspersonen abgestzt und Licht- und Kraftwerke stillgelegt wurden. Man hat ferner angedroht, das Kraftwerk Hirschfelde stillzulegen. Aus diesem Grunde war die Regierung nicht in der Lage, in Verhandlungen über die gestellten Forderungen einzutreten. Das gesamte Ministerium hat am Sonntag beschlossen, alles mögliche zu tun, um die staatlichen Werke zu schützen und im Gang zu halten. Zu diesem Zwecke sind der Leiter der Landessicherheitspolizei und der Militärbefehlshaber ersucht worden, das Nötige zu veranlassen. Wenn bis zur Erreichung dieser Aufgabe vorübergehend der Belagerungszustand über die unmittelbar bedrohten Gebiete Zittau und Löbau verhängt werden mußte, so hofft die Regierung, daß bei tatkräftiger Mithilfe der Bevölkerung bei der Herstellung von Ruhe und Sicherheit dieser schon in kurzer Zeit überflüssig gemacht werden wird.

*

Wie der „Dena" aus Zittau gemeldet wird, sind die Nachrichten über den dortigen Linksputsch stark übertrieben. In den meisten Fabriken ist die Arbeit nicht unterbrochen worden, da der Generalstreikbeschluß nicht von den zuständigen Stellen gefaßt worden ist. Bei den Unruhen wurde lediglich ein Geschäft geplündert. Inzwischen ist allerdings die Sicherheitspolizei zurückgezogen worden und Oberbürgermeister Dr. Külz ist zu Verhandlungen mit dem Ministerium des Innern nach Dresden gereist.

Zittau, 2. Aug. Die Lage des Generalstreiks hat sich wesentlich verschärft. Auf einer heute vormittag auf der Schießwiese abgehaltenen, von etwa 10 000 Personen besuchten Massenversammlung wurde, wie die „Zittauer Nachrichten" melden, bekanntgegeben, daß sich auch das Gewerkschaftskartell, das bisher eine abwartende Haltung einnahm, für die Durchführung des Massenstreiks und für die Annahme sämtlicher Forderungen der Arbeiter erklärt hat.

Insgesamt 357 143 Arbeitslose. Aus dem Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reiche weiterhin gewachsen ist. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. Juli 262 989, der weiblichen Erwerbslosen 94 154, also insgesamt 357 143 gegen 321 126 am 1. Juli und 297 185 am 15. Juni 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 32 997 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande vom 15. März 1920.

Ausland.

Estland in Not. Die schwierige Lage Estlands hat in Reval zu offenem Aufruhr geführt. Auf ein Gerücht hin, daß eine Reihe von Todesurteilen an politischen Gefangenen vollstreckt worden sein, stürmte die Menge das Landschaftsgebäude. Die Streikbewegung in der Stadt ist im wachsen begriffen. Die Zeitungen haben mit Ausnahme der kommunistischen und unabhängigen Blätter ihr Erscheinen eingestellt. Die organisierte Arbeiterschaft fordert die Räterepublik und den Anschluß an Moskau.

Eisenbahnerstreik in Norwegen. Nach Meldung aus Christiania ist in Norwegen ein Eisenbahnerstreik ausgebrochen. Die Bewegung erstreckt sich vorläufig auf den Bezirk Christiania und umfaßt etwa 1400 Beamte. Die Verbindung zwischen Christiania und Drontheim ist unterbrochen.

Das Amnestiegesetz.

Schon seit einigen Tagen kündigen die Redner aller Parteien politische Abrechnung an, wenn sie von der Notwendigkeit eines Amnestiegesetzes sprechen. Heute endlich liegt der Entwurf dieses so oft genannten Gesetzes dem Reichstage vor — oder besser liegen die Entwürfe dem hohen Hause vor. Nicht weniger als drei recht verschiedenartige Entwürfe sind eingebracht: ein unabhängiger, ein deutschnationaler und der eigentliche der Regierungsparteien. Dazu kommen noch eine Menge Abänderungsanträge jeder einzelnen Partei.

Genosse Radbruch ging scharf mit den Herren von rechts ins Gericht. Er sprach es nicht offen aus, aber man hörte es deutlich zwischen seinen Worten: Eure Liebe für ein Amnestiegesetz kommt je doch nur aus Eurer Sorge für die Kappleute. Scharf wendet er sich und der Unabhängige Dr. Herzfeld gegen jene nie noch in so nackter Weise erkannte Ungerechtigkeit, daß allein im Ruhrgebiet an 5000 Anklagen gegen Arbeiter erhoben worden sind, wovon fast 1000 durch außerordentliche Kriegsgerichte bereits abgeurteilt wurden — während bis heute noch nicht eine Verurteilung, nicht eine Anklage gegen die Kapp-Verbrecher bekannt wurde. 15 000 glaubt der Unabhängige Herzfeld mit Recht schätzen zu können, die unter dieser ungerechten Justiz leiden, 15 000 Arbeiter, die für ihre Republik, für ihre Revolution eintraten, während nicht ein einziger in Untersuchungshaft sitzt, der mit bewaffneter Hand gegen den Staat anstürmte. — Was die Bürgerlichen darauf erwiderten, war warme Limonade.

Kleinere Vorlagen und der Rest des Reichshaushaltes werden nach stundenlanger Aussprache erledigt. Das Amnestiegesetz wird mit allen gegen die deutschnationalen Stimmen angenommen unter Ablehnung des unabhängigen und deutschnationalen Entwurfes.

*

16. Reichstagssitzung am Montag, den 2. August.

Am Regierungstisch: Heinze, Wirth.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Lettland wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommne.

Auf der Tagesordnung steht ferner der am 1. Mai d. J. im Haag unterzeichnete Vertrag zwischen der deutschen und niederländischen Regierung über Kredit und Steinkohlenlieferungen.

Abg. Dr. **Pfeiffer** (Ztr.): Der Vertrag ist der Anfang einer Tat des Wiederaufbaues. Die ersten Schritte dazu sind vom Finanzminister Erzberger eingeleitet worden.

Das Abkommen wird ohne weitere Erörterung in allen drei Lesungen angenommen.

Ohne Debatte wird auch eine Aenderung zum Postgebührengesetz angenommen, wonach die Erhöhung der Zeitungsgebühren erst am 1. Januar 1921 in Kraft treten soll.

Der Ausschußbericht für das Entwaffnungsgesetz liegt noch nicht vor, Präsident Loebe schlägt daher vor, die zweite und dritte Beratung des Gesetzes erst in späterer Stunde vorzunehmen.

Abg. **Ledebour** (U. S). beantragt, den Gesetzentwurf aus diesem Grunde überhaupt von der Tagesordnung abzusetzen.

Da das Haus sehr schwach besetzt ist, soll die Abstimmung über diesen Antrag erst später erfolgen.

Es folgt die Beratung mehrerer Anträge, die eine Amnestie fordern. Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) ersucht die Regierung, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend dem Bielefelder Abkommen vom 24. März 1920 gewährleistet wird. Der Abg. Ledebour (U. S.) hat den Entwurf eines Amnestiegesetzes eingebracht, wonach für alle Straftaten, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes aus politischen Beweggründen verübt worden sind, Amnestie gewährt wird. Ein Antrag Becker-Arnsberg (Ztr.), Dr. Becker-Hessen (D. Vpt.), Schiffer (Dem.), Leicht (Bayer. Vpt.) enthält ebenfalls einen Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit. Danach wird für Straftaten, die zur Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich begangen worden sind, Straffreiheit gewährt. Ferner wird Straffreiheit Personen gewährt, die an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich mitgewirkt haben, sofern sie nicht Urheber oder Führer des Unternehmens gewesen sind.

Abg. **Rodbruch** (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Die Vorlage soll eine Entspannung der Lage herbeiführen. Wenn die Kappisten Straffreiheit erhalten, so müssen die Revolutionäre von 1919 der Straffreiheit ebenfalls teilhaftig werden, desgleichen die Teilnehmer an den Münchener Unruhen und den Berliner Januar- und Märzunruhen. Bayern will offenbar die Teilnehmer an den bayerischen Unruhen ausnehmen; aber wir müssen der Verfassung gemäß die Amnestie zur Reichssache machen. Die bayerische Regierung verrät wenig Selbstvertrauen, wenn sie glaubt, mit einem freigelassenen Erich Mühsam nicht fertig werden zu können. Wir beantragen in dem Entwurf der Mehrheitsparteien die Streichung der Worte „gegen das Reich", damit auch Handlungen unter die Amnestie fallen, die sich gegen einen Bundesstaat richteten. Selbstverständlich kann sich die Amnestie nicht auf das Disziplinarverfahren beziehen. Bei den Vorbesprechungen über den Antrag war man sich darüber einig, daß der Ausdruck „Zusammenhang" mit den hochverräterischen Handlungen in allerweitesten Sinne verstanden werden sollte. Nach dem 4. Absatz des Antrages sind von der Straffreiheit gewisse einzeln aufgezählte Handlungen ausgenommen. Uns erscheinen diese Handlungen vollkommen willkürlich herausgenommen. Münchener Geiselmörder, Marburger Studenten und Hölsche Brandstifter wollen auch wir nicht straffrei ausgehen lassen. Amnestien bedeuten ja gewöhnlich einen Marksteln für eine Revolution. Sie sollen eine neue Gesinnung vorbereiten, so ist es aber bei dieser Amnestie nicht. Nicht als Parteimann, sondern als akademischer Lehrer warne ich die rechte Seite dieses Hauses. Sie haben die akademische Jugend durch die von Ihnen beeinflußte Presse und die Lehrer in Ihrer Hand. (Zurufe rechts: Gott sei Dank!) Ich möchte aber, daß Sie sich auch Ihrer Verantwortung bewußt sind. (Sehr richtig! links.) Gerade Sie, die immer betonen, daß unser Volk ohne geistige Führung ist, haben alles dazu getan, unsere akademische Jugend dem Volk zu entfremden. (Lärm rechts. Rufe: Schöner Professor! Sie sind der größte Hetzer!) Nichts ist böslicher als Haß. Machen Sie ernst mit dem, was Sie in unserer allgemeinen Debatten selbst gesagt haben. Sie haben selbst angestanden, daß die Monarchie in diesem Augenblick nicht Ihr Programm ist, sondern daß jetzt nur die Republik und der Parlamentarismus möglich sind. Niemand wird Ihnen verwehren, Ihre monarchistische Weltanschauung an die Jugend heranzubringen. Geben Sie der Jugend aber auch den Wirklichkeitssinn, der für erste die republikanische Verfassung als das einzig Mögliche ansieht. Befreien Sie die Jugend aus dem Zustand einer bloßen Vorläufigkeit, in dem sie sich befindet. (Erneuter Lärm rechts.) Nur wenn Sie auf diese Weise die seelischen Voraussetzungen schaffen, die dieser Amnestie von vornherein hätten zugrunde liegen sollen, wird eine politische Entspannung eintreten zum Segen und zur Erleichterung für unser schwer geprüftes Volk. (Beifall b. d. Soz.).

Abg. Dr. **Herzfeld** (U. S.) begründet den Gesetzentwurf seiner Partei, der für alle aus politischen Beweggründen verübten Straftaten die Amnestie gewähren will, insbesondere für solche Straftaten, die im Zusammehang mit der Abwehr des Kapp-Putsches oder des im Anschluß hieran erfolgten Eingreifens der Reichswehr stehen. Straftaten, die zur Unterstützung des Kapp-Putsches dienten, sollen von der Amnestie ausgeschlossen werden.

Abg. **Burlage** (Ztr.): Der Straffreiheit müssen bestimmte Grenzen gezogen werden, wenn wir uns nicht mit dem besten Teile des Volkes in Widerspruch setzen wollen. Wir könnten es nicht verantworten, wenn die Amnestie gemeinen Verbrechern zuteil würde. In die inneren Angelegenheiten der Länder wollen wir uns durch das Amnestiegesetz nicht einmischen.

Abg. **Dueringer** (Dn.): Gegen den Erlaß allgemeiner Amnestie sprechen immer schwere Bedenken. Daher beschränken sich denn die vorliegenden Anträge auf Straftaten politischer Art. Die mangelhafte Ernährung des Volkes macht es erklärlich, wenn viele das moralische Gleichgewicht verloren haben. Der Antrag der Unabhängigen geht uns zu weit. Eine Majorisierung Bayerns, dessen Volksvertretung sich gegen die Amnestierung der hochverräterischen Unternehmungen gegen die bayerische Landesverfassung ausgesprochen hat, kann nicht in Frage kommen, das würde die schwersten Konflikte im Reiche hervorrufen. Zu dem Antrag der anderen bürgerlichen Parteien beantragen wir eine Aenderung dahin, daß die Amnestie auch auf die Führer und Urheber der in Frage kommenden hochverräterischen Handlungen ausgedehnt wird. Das entspricht auch der seinerzeit vom Justizminister Schiffer gegebenen Zusage.

Romeo und Julia auf dem Dorfe.

Erzählung von Gottfried Keller.

(9. Fortsetzung.)

Es war aber keine Rede mehr von einer ordentlichen Bebauung, und auf dem Acker, der einst so schön im gleichmäßigen Korne gewogt, wenn die Ernte kam, waren jetzt allerhand abfällige Samenreste gesäet und aufgegangen, aus alten Schachteln und zerrissenen Tüten zusammengekehrt, Rüben Kraut und dergleichen und etwas Kartoffeln, so daß der Acker aussah wie ein recht übel gepflegter Gemüseplatz und eine wunderliche Musterkarte war, dazu angelegt, um von der Hand in den Mund zu leben, hier eine handvoll Rüben auszureißen, wenn man Hunger hatte und nichts Besseres wußte, dort eine Tracht Kartoffeln oder Kraut, und das übrige fortwuchern oder verfaulen zu lassen, wie es mochte. Auch lief jedermann darin herum, wie es ihm gefiel, und das schöne breite Stück Feld sah beinahe so aus wie einst der herrenlose Acker, von dem alles Unheil herkam. Deshalb war um das Haus nicht eine Spur von Ackerwirtschaft zu sehen. Der Stall war leer, die Türe hing nur in einer Angel, und unzählige Kreuzspinnen, den Sommer hindurch halb groß geworden, ließen ihre Fäden in der Sonne glänzen vor dem dunklen Eingang. An dem offenstehenden Scheunentor, wo einst die Früchte des festen Landes eingefahren, hing schlechtes Fischergeräte, zum Zeugnis der verkehrten Wasserpfuscherei; auf dem Hofe war nicht ein Huhn und nicht eine Taube, weder Katze noch Hund zu sehen; nur der Brunnen war noch als etwas Lebendiges da, aber er floß nicht mehr durch die Röhre, sondern sprang durch einen Riß nahe am Boden über diesen hin und setzte überall kleine Tümpel an, so daß er das beste Sinnbild der Faulheit abgab. Denn während mit wenig Mühe des Vaters das Loch zu verstopfen und die Röhre herzustellen gewesen wäre, mußte sich Brenchen nun abquälen, selbst das lautere Wasser dieser Berkommenheit abzugewinnen und seine Wäschevel in den seichten Sammlungen am Boden vorzunehmen, statt in dem vertrockneten und zerspellten Troge. Das Haus selbst war ebenso kläglich anzusehen; die Fenster waren vielfältig zerbrochen und mit Papier verklebt, aber doch waren sie das Freundlichste an dem Verfall; denn sie waren, selbst die zerbrochenen Scheiben, klar und sauber gewaschen, ja förmlich poliert und glänzten so hell wie Brenchens Augen, welche ihm in seiner Anmut ja auch allen übrigen Staat ersetzen mußten. Und wie die krausen Haare und die rotgelben Kattunhalstücher zu Brenchens Augen, stand zu diesen blinkenden Fenstern das wilde grüne Gewächs, was da durcheinander rankte um das Haus, flatternde Bohnenwaldchen und eine ganze duftende Wildnis von rotgelbem Goldlack. Die Bohnen hielten sich, so gut sie konnten, hier an einem Harkenstiel oder an einem verkehrt in die Erde gesteckten Stumpfbesen, dort an einer von Rost zerfressenen Helbarte oder Spanton, wie man es nannte, als Brenchens Großvater das Ding als Wachtmeister getragen, welches es jetzt aus Not in die Bohnen gepflanzt hatte; dort kletterten sie wieder lustig eine verwitterte Leiter empor, die am Hause lehnte seit undenklichen Zeiten, und hingen von da an in die klaren Fensterchen hinunter wie Brenchens Kräuselhaare in seine Augen. Dieser mehr malerische als wirkliche Hof lag etwas beiseit und hatte keine näheren Nachbarhäuser, auch ließ sich in diesem Augenblicke nirgends eine lebendige Seele wahrnehmen; Sali lehnte daher in aller Sicherheit an einem alten Scheunchen, etwa dreißig Schritt entfernt, und schaute unverwandt nach dem stillen wüsten Hause hinüber. Eine geraume Zeit lehnte und schaute er so, als Brenchen unter die Haustür kam und lange vor sich hindlickte, wie mit allen ihren Gedanken an einem Gegenstande hängend. Sali rührte sich nicht und wandte kein Auge von ihr. Als sie endlich zufällig in dieser Richtung hinsah, fiel er ihr in die Augen. Sie sahen sich eine Weile an, herüber und hinüber, als ob sie eine Lufterscheinung betrachteten, bis sich Sali endlich aufrichtete und langsam über die Straße und über den Hof ging auf Brenchen los. Als er dem Mädchen nahe war, streckte es seine Hände gegen ihn aus und sagte: „Sali!" Er ergriff die Hände und sah ihr immerfort ins Gesicht. Tränen stürzten aus ihren Augen, während sie unter seinen Blicken vollends dunkelrot wurde, und sie sagte: „Was willst du hier?" „Nur dich sehen!" erwiderte er, „wollen wir nicht wieder gute Freunde sein?" „Und unsere Eltern?" fragte Brenchen, sein weinendes Gesicht zur Seite neigend, da es die Hände nicht frei hatte, um es zu bedecken. „Sind wir schuld an dem, was sie getan und geworden sind?" sagte Sali, „vielleicht können wir das Elend nur gut machen, wenn wir zwei zusammenhalten und uns recht gut sind!" „Es wird nie gut kommen," antwortete Brenchen mit einem tiefen Seufzer, „geh in Gottes Namen deiner Wege, Sali!" „Bist du allein?" fragte dieser, „kann ich einen Augenblick hineinkommen?" „Der Vater ist zur Stadt, wie er sagte, um deinem Vater irgend etwas anzuhängen; aber hereinkommen kannst du nicht, weil du später vielleicht nicht fortungesehen weggehen kannst wie jetzt. Noch ist alles still und niemand um den Weg, ich bitte dich, geh jetzt!"

„Nein, so geh' ich nicht! Ich mußte seit gestern immer an dich denken, und ich geh' nicht so fort, wir müssen miteinander reden wenigstens eine halbe Stunde lang oder eine Stunde, das wird uns gut tun." Brenchen besann sich ein Weilchen und sagte dann: „Ich geh' gegen Abend auf unseren Acker hinaus, du weißt, welchen, wir haben nur noch den, und holen etwas Gemüse. Ich weiß, daß niemand weiter dort sein wird, weil die Leute anderswo schneiden; wenn du willst, so komm dorthin, aber jetzt geh und nimm dich in acht, daß dich niemand sieht! Wenn auch kein Mensch hier mehr mit uns umgeht, so würden sie doch ein solches Gerede machen, daß es der Vater sogleich vernähme." Sie ließen sich jetzt die Hände frei, ergriffen sie aber auf der Stelle wieder, und beide sagten gleichzeitig: „Und wie geht es dir auch?" Aber statt sich zu antworten, fragten sie das gleiche aufs neue, und die Antwort lag nur in den beredten Augen, da sie nach Art der Verliebten die Worte nicht mehr zu lenken wußten, und ohne sich weiter etwas zu sagen endlich halb selig und halb traurig auseinanderhuschten. „Ich komme recht bald hinaus geh nur gleich hin!" rief Brenchen noch nach.

Sali ging auch alsobald auf die stille schöne Anhöhe hinaus, über welche die zwei Aecker sich erstreckten, und die prächtige stille Julisonne, die fahrenden weißen Wolken, welche über das reife wallende Kornfeld wegzogen, der glänzende blaue Fluß, der unten vorüberwallte, alles dies erfüllte ihn zum ersten Male seit langen Jahren wieder mit Glück und Zufriedenheit statt mit Kummer, und er warf sich der Länge nach in den durchsichtigen Halbschatten des Kornes, wo dasselbe Martis wilden Acker begrenzte, und guckte glückselig in den Himmel.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200803-18/fragment/page=0002

Justizminister Heinze: Wenn wir die unhaltbaren Zustände im Ruhrgebiet beseitigen wollen, dann muß die ungeheure Erregung, die infolge der Strafprozesse sich dort **geltend macht,** beseitigt werden. Das Recht Bayerns auf seine Justizhoheit erkennen wir an, daher trifft der Antrag der Regierungsparteien, die die Straffreiheit auf Handlungen gegen das Reich beschränkt, das Richtige. Auf Rädelsführer und gemeine Verbrecher darf sich die Amnestie nicht erstrecken. Der Koalitionsantrag geht weiter als das Bielefelder Abkommen, denn er ist nicht zeitlich beschränkt. Er bezieht sich nicht ausschließlich auf den Kapp-Putsch und er betrifft nicht bloß die Abwehr von Hochverrat, sondern abgesehen von Rädelsführern auch den Hochverrat selbst.

Dr. **Kahl** (D. Vpt.): Wir gewähren die Amnestie, weil wir einen Strich unter die Vergangenheit machen wollen. Wir erkennen die Staatsnotwendigkeit an, den auf der Volksarbeit infolge der Strafprozesse lastenden Druck zu vermindern. Das Recht des Reiches, Amnestiegesetze auch mit Wirkung für einzelne Länder zu erlassen, ist unbestreitbar. Die Frage, ob das Reich in diesem Falle davon Gebrauch machen soll, ist jetzt aber aus politischen Gründen durchaus zu verneinen.

Abg. **Schiffer** (Dem.): Die Tatsache, daß die Urheber des Kapp-Putsches sich durch die Flucht der Verantwortung entzogen haben, macht sie unwürdig der Amnestie. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Bei den Besprechungen mit Vertretern Kapps habe ich die Versuche, Bedingungen zu stellen, abgelehnt. Mein Eintreten für eine allgemeine Amnestie habe ich persönlich allerdings in Aussicht gestellt, aber als die unverzügliche bedingungslose Kapitulation verweigert wurde, sofort wieder zurückgezogen.

Abg. **Emminger** (Bayr. Vpt.): Amnestien dürfen nicht zur Untergrabung der Autorität der Gerichte führen. Wir haben bisher in Bayern das System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten.

Präsident **Loebe:** Die Erörterung spinnt sich sehr weit aus. Es wäre bedauerlich, wenn wir infolgedessen solange zusammenbleiben müßten, daß schließlich an einer etwaigen Beschlußunfähigkeit des Hauses unsere schönsten Hoffnungen zugrunde gehen.

Abg. Dr. **Stresemann** (D. Vpt.): Ich stimme persönlich für den Antrag der Deutschnationalen, weil ich an den Verhandlungen während der Kapp-Tage teilgenommen habe und damit die Zusage des Eintritts für eine allgemeine Amnestie gegeben habe.

Abg. **Ludwig** (U. S.): Die Abwehr-Aktion gegen die Kapp-Leute war doch ein Tanzkränzchen. Will man die Leute eingesperrt halten, die dabei über die Stränge geschlagen haben?

Justizminister **Heinze:** Die Führer und Urheber von Abwehr-Unternehmungen gegen den Hochverrat sind nicht von der Amnestie ausgeschlossen.

Abg. **Hertz** (Dn.): Wir waren bei den Verhandlungen darüber einig, daß eine allgemeine Amnestie nur der Nationalversammlung vorgelegt werden sollte. Daraufhin hat Lüttwitz sich bereit erklärt, die ganze militärische Aktion einzustellen. Unterstaatssekretär Joel hat ein entsprechendes Protokoll gegengezeichnet, wonach Herr Schiffer als Minister für die allgemeine Amnestie eintreten werde. Am nächsten Tage freilich hat Herr Schiffer seine Zusage zurückgezogen. (Hört, hört!)

Abg. **Frau Zetkin** (Komm.): Die verkappten Kappisten sind jetzt in der Macht, sie wollen nur deshalb keine allgemeine Amnestie gewähren, damit nicht die im Kerker schmachtenden begeisternden Arbeitervertreter in Freiheit kommen.

Abg. **Müller**-Franken (Soz.): Die Regierung Bauer stand auf dem Standpunkt, daß Verhandlungen über eine allgemeine Amnestie gar nicht in Frage kommen könnten.

Abg. **Schiffer** (Dem.) betont nochmals, daß der Abbruch der Verhandlungen erfolgt sei, als Lüttwitz sich weigerte vom Kommando zurückzutreten.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) und Dr. v. Delbrück bestätigen, unter dem Eindruck gestanden zu haben, daß Herr Schiffer sein Eintreten für die allgemeine Amnestie zugesagt habe.

Damit schließt die erste Beratung.

In der zweiten Lesung wird der Gesetzentwurf der Unabhängigen gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien, der Antrag der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag der Koalitionsparteien wird angenommen, ebenso in dritter Lesung und gegen die Stimmen der Deutschnationalen in der Gesamtabstimmung.

Endgültig angenommen werden Verfassungsänderungen über die Abgaben der preußischen Stimmen im Reichsrat und über das Reichsgemeindewahlrecht für Helgoland.

Daraufhin wird die zweite Beratung des ergänzenden Nothaushalt-Etats fortgesetzt.

Der Haushalt des Ministeriums des Inneren wird ohne Erörterung bewilligt.

Zum Haushalt des Reichswehrministeriums führt

Abg. **Schöpflin** (Soz.) Beispiele über die Verschwendung mit höheren Offiziersstellen an, nicht weniger als 45 Generale stehen im Etat; für 18 Kavallerieregimenter sind neun Kavallerieinspektoren vorgesehen. Das ist einfach ungeheuerlich. Für die Berliner Kommandantur werden drei Generale verlangt mit allem Drum und Dran. 23 Obersten sind als Abteilungschef im Reichswehrministerium und nicht weniger als 92 Stabsoffiziere als Referenten. 21 Stabsoffiziere sind als Depotführer in den Etat eingestellt, bei den 18 Kavallerieregimentern gibt es immer je eine Schwadron mit einem Major und einem Rittmeister als Kommandeur. 105 Stabsoffiziere sind in den Wehrkreiskommandos, von 4000 Offizieren sind 400 in Adjutantenstellen. Wir haben mehr Offiziere vom Hauptmann an aufwärts als Leutnants und Oberleutnants. Das ist bei unserer finanziellen Lage eine Ungeheuerlichkeit. Im Hauptetat werden nicht weniger als 42 500 Pferde für das 100 000-Mann-Heer verlangt. Jeder Offizier hat ein Pferd, jeder Stabsoffizier zwei. Wenn man bedenkt, daß ein Pferd heute 20 000 Mk. kostet und die Unterhaltungskosten 10- bis 12 000 Mk. jährlich betragen, so kann man nur sagen, solch ein ungeheuerlichen Militäretat hätte kein wilhelminischer Kriegsminister beim Reichstag vorzulegen gewagt. Da soll der Reichsfinanzminister Nachschau halten; wenn uns im Hauptetat in ähnlicher Weise gekommen wird, muß sich der Reichswehrminister auf schärfsten Kampf mit uns gefaßt machen. (Beifall links.)

Reichswehrminister Dr. Geßler: Gewiß darf kein Pfennig mehr ausgegeben werden, als unbedingt nötig ist. Die junge Reichswehr ist aber in voller Umbildung und gerade während der Uebergangszeit bedürfen wir noch einer großen Zahl erfahrener Offiziere.

Nach weitere Debatte wird der Wehrhaushalt bewilligt, ebenso der Haushalt des Schatzministeriums, des Landwirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums, bei dem der Minister Wirth ein Telegramm der bayerischen Verkehrspersonal-Verbände verliest, wonach diese jeden Demonstrationsstreik für ihre wirtschaftlichen Zwecke ablehne. Wir haben jetzt 238 Milliarden Schulden im Reiche, wozu noch 39 Milliarden für die Eisenbahnübernahme kommen.

Beim Haushalt des Auswärtigen befürwortet Abg. **Freiherr von Lersner** (D. Vpt.) die Herausgabe einer übersichtlichen kurzen Volksausgabe der Hauptbestimmungen des Versailler Vertrages. Auf diese Weise könnten wir das beste Werbemittel für die Revision des Vertrages bekommen.

Außenminister Dr. **Simons** erklärt, der Anregung gern entsprechen zu wollen.

Abg. **Dr. Breitscheid** (U. S.): Ist es richtig, daß erneut Versuche gemacht worden sind, Munitionstransporte durch Deutschland nach Polen zu senden. Deutschland denkt nicht nicht daran, die Barrière des Kapitalismus gegen den Bolschewismus oder der Gendarm Europas gegen ihn zu sein.

Außenminister **Dr. Simons:** Das Auswärtige Amt wird jeden Versuch, die ehrliche Neutralität Deutschlands zu vereiteln, energisch zurückweisen. Den Transportarbeitern bin ich dankbar für ihre Mitwirkung. Unbesonnene Schritte können aber einen Kriegsfall nach sich ziehen. Auch ich würde es für sehr bedauerlich halten, wenn die Entente es versuchen sollte, die Ostfrage ohne die Mitwirkung von Deutschland zu regeln. Mit Sowjetrußland würde ich nur dann Verträge abschließen, wenn ich die Ueberzeugung habe, daß es sich auch gegen die Entente durchsetzt. Vor allen Dingen werden wir uns nicht um des Völkerbundes willen als Landsknechte für kriegerische Absichten der Entente benutzen lassen.

Auch dieser Haushalt wird bewilligt, ebenso das Rahmengesetz (Etats-Gesetz), wonach u. a. freiwerdenden Beamtenstellen vorzugsweise mit entbehrlich gewordenen Beamten anderer Verwaltungen zu besetzen sind.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr vormittags. Zweite Lesung der Entwaffnungsvorlage. 3. Lesung des Nothaushalts.

Schluß ½ 10 Uhr.

•

Der Entwaffnungs-Gesetzentwurf angenommen.

Berlin, 2. August. Der Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Bevölkerung wurde im Ausschuß des Reichstages nach längerer Aussprache mit unwesentlichen Aenderungen angenommen.

Die Kartoffelversorgung. — Debatte über Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft behandelte heute die Frage der Kartoffelversorgung. Ernährungsminister Hermes gab einen ausführlichen Ueberblick und betonte, daß die Regierung bewußt einen über die Produktionskosten hinausgehenden Preis von 25 Mark pro Zentner durch die Verordnung vom Frühsommer 1920 angesetzt habe, um den Kartoffelanbau zu fördern. Ein Zuschlag zu diesem Preis sei gewährt worden, um die landwirtschaftlichen Organisationen zu bewegen, Lieferungsverträge mit den Städten abzuschließen. Im Hinblick auf den Preis und die erwartete gute Kartoffelernte hätten die Städte aber zurückgehalten und bis jetzt nur Verträge über 35 Millionen Zentner getätigt. Inzwischen habe der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats die Aufhebung der Zwangswirtschaft empfohlen, sofern gewisse Quantums von Kartoffeln als Reserven in die öffentliche Hand gebracht würden. Nach Rücksprache auch mit den süddeutschen Ministern möchte er nach eingehender Prüfung der Frage als seine Ueberzeugung aussprechen, daß die Kartoffelverträge zwischen den Städten, den landwirtschaftlichen Organisationen und dem Handel unter allen Umständen aufrechterhalten werden müßten, daß außerdem das Reich eine Kartoffelreserve von etwa 15 Millionen Zentner für Fälle akuter Not sich sichern würde, darüber hinaus aber die Aufhebung der Zwangswirtschaft zweckmäßig erscheine. Der einmal festgesetzte Preis von 25 Mark solle jedoch bleiben, damit das Vertrauen der Landwirtschaft zur Preispolitik erhalten bleibe.

Namens der Unabhängigen erklärte sich Abg. Herzfeld eventuell mit der Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft einverstanden. Die Abgg. Dusche (D. Vpt.) und Schiele (Dn.) traten für baldige Aufhebung der Zwangswirtschaft ein. Das Zentrum beantragte, daß nach Aufhebung der Zwangswirtschaft wenigstens 20 Millionen Zentner Kartoffeln von Reichswegen für die Versorgung der Bevölkerung gesichert würden. Die Abstimmung wird erst morgen erfolgen.

Die Entscheidung über die Aufhebung der Zwangswirtschaft wird erst nach Rücksprache des Ausschusses mit den Fraktionen erfolgen.

Schule und Religionsunterricht.

Den P. P. N. wird geschrieben: Im Hinblick auf eine der dringlichsten Aufgaben der Reichsschulgesetzgebung ist eine Abänderung des Schulgesetzes von Interesse, die der Große Rat des Kantons Basel-Stadt, also eines Staates, dessen Bevölkerung an kirchlichen Fragen lebhaften Anteil nimmt, vor kurzem beschlossen hat. Das Gesetz soll demnächst in Kraft gesetzt werden.

Die Aenderung bezieht sich auf den § 45 des Schulgesetzes vom 21. Juli 1880. Der Paragraph lautet in der neuen Fassung: „Der Religionsunterricht ist nicht Aufgabe der Schule. Die Erteilung von Religions- oder Moralunterricht als besonderes Fach innerhalb des Schulpensums wird den religiösen und ethischen Gemeinschaften überlassen. Die staatlichen Behörden überlassen den religiösen und ethischen Gemeinschaften unentgeltlich die notwendigen Schullokalitäten. Die Einzelheiten werden durch eine vom Erziehungsrate zu erlassene und der Genehmigung des Regierungsrates unterliegende Ordnung festgelegt. Den Lehrkräften an den öffentlichen Schulen ist es gestattet, im Auftrage von religiösen und ethischen Gemeinschaften Religions- oder Moralunterricht zu erteilen."

In der Begründung (dem „Ratschlag") zu dem Entwurf des Gesetzes wird darauf hingewiesen, daß der bisherige konfessionslose Religionsunterricht auch bei grundsätzlichen Freunden des Religionslosenunterrichtes Anfechtung gefunden habe: „Ein konfessionsloser Religionsunterrichts kann weder begeisternd erteilt werden, noch begeisternd wirken." Es heißt dann weiter: „Wir stehen mit vielen Freunden und Gegnern des Religionsunterrichtes auf dem Standpunkt, daß die Loslösung des Religionsunterrichtes von der staatlichen Schule eine Frage der Ehrlichkeit und Gerechtigkeit ist gegenüber den Anhängern anderer Konfessionen. Der grundsätzlich einzig richtige Weg ist die Entfernung des Religionsunterrichtes aus der Schule und dessen Uebertragung an die Kirche. Das bedeutet nicht Beseitigung des Religionsunterrichtes, sondern Erteilung durch Institutionen, die besser als der Staat geeignet sind, für einen guterteilten, seinen Zweck erfüllenden Religionsunterricht zu sorgen. Diese Lösung der Frage ist auch die logische Folge der Trennung von Kirche und Staat. Nur dadurch wird die Unbilligkeit beseitigt, daß Katholiken, Juden und Dissidenten die Kosten eines Religionsunterrichtes, den sie ablehnen, mittragen sollen."

Gedanken zum ordentlichen 2. Studententag in Göttingen.

Die deutsche Studentenschaft ist zu beachten. Darüber gebe sich niemand einem leichten Wahn hin: Sie ist trotz — oder gerade wegen — der krampfhaften Betonung ihres unpolitischen Charakters bewußt ein Faktor im politischen Leben nach innen, ebenso wie nach außen. Sie hat sich in ihrer Mehrheit — und von der ist hier die Rede — nicht verwandelt seit Krieg und Revolution. Das sagte der 2. ordentliche Studententag in Göttingen ganz eindeutig. Sie ist reaktionär und schwärmt in unklarer, unselbständiger Art für große Männer Bismarck ist nach wie vor ihr Heros. Ihm gelten die Begrüßungsworte, ihm auch die schwungvolle, aber ein wenig mystische Rede von Dr. Dietrich-Berlin; der alte Kanzler mußte sich eine häufige Zitierung als letzte Autorität gefallen lassen, wenn es auch nicht immer stimmte und paßte. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang auch die weißblauen Tendenzen der Südostdeutschen (Bayern und Oesterreicher), denen ein Herr der Minderheit sehr treffend die Maske „Donauföderation" (d. h. Donaumonarchie) aufprägte. Fragt sich bloß noch, ob Wittelsbach oder Habsburg bevorzugt wird. Großdeutschland hat das Nachsehen. Und wer trat für den großdeutschen Gedanken ein? Ein deutscher Jude (!), trotzdem gerade die „arischen" Oesterreicher den Radauantisemitismus immer wieder in die Versammlung hineintrugen, und ein nationfreiheitlicher Oesterreicher, der von seinen Landsleuten als „Judenknecht" nicht an ihrem Tisch geduldet wurde. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Herr seine großdeutschen Ziele weiterhin in akademischen Kreisen verfolgen wird, sondern er wird sich an die Volkskreise halten, denen es mit der Einheit ernst ist. — Hinter den Beifallskundgebungen der Herren Studenten bei jeder gebotenen Gelegenheit wittert der Feinfühlige die alten imperialistischen Machtinstinkte. Geht es dem deutschen Volke noch nicht schlecht genug, daß diese Gesellschaft sich noch nicht umstellen lernt?! Aber was fragen die nach dem deutschen Volk! Sie redeten von ihm unendlich viel, von der „Liebe" zu ihm, von der verantwortlichen Führerschaft. Aber sie denken bei ihren Beschlüssen nicht an die vielen, die die Folgen ihrer lächerlichen und unüberlegten Ausländerpolitik auskosten müssen. Ihr ganzes Auftreten trägt den Stempel der Unreife, und Unreife in der Politik ist auch ein Verbrechen am Volke!

Auch das, was auf den ersten Blick einer positiven Wertung würdig erscheint, der Drang zur Selbstverwaltung innerhalb der Hochschule, verdient einmal in ein richtiges Licht gerückt zu werden. Wie kommt es, daß die deutsche Studentenschaft plötzlich (seit dem 9. November 1918) so einen starken Trieb nach Autonomie fühlt, daß sie so unendlich empfindlich gegen jeden Eingriff in die Lehr- und Lernfreiheit ist (Ausnahmefall Nicolai!). Während sie sich in der Wilhelminischen Aera alles vorschreiben ließ. Die Antwort liegt auf der Hand. Es ist das eine Form des wirksamsten Mittels der Reaktion gegen die neuen Gewalten: nämlich des Mittels der konsequenten praktischen und theoretischen Sabotage. Man tut so, als ob sie nicht da wären, man entzieht sich ihnen nach Möglichkeit, man hält sich im Stillen für den großen erhofften Umschwung zum Alten bereit und liefert der wiedereinziehenden geliebten alten Macht triumphierend die treu gehüteten Schätze aus. Man sei gewarnt vor allem, was in der oben ausgeführten Richtung von der Studentenschaft kommt. Wir wollen nicht einmal behaupten, daß alle rechtsorientierten Studenten mit vollem Willen nach dieser Richung hin arbeiten; aber sie sind mindestens das nichtsehende, ideologische Werkzeug in den Händen der Reaktion. Angesichts dieser Tatsachen ist es höchst bedauerlich, daß reife und wissende Männer diese jungen Menschen nicht zur Einsicht zu bringen suchen. Statt dessen läuft ihnen Staatssekretär Becker in einer Weise nach, daß jeder wahrhafige Sozialist dadurch schmerzlich berührt wird, ja einen Schrecken bekommt. Dieser Mann läßt einen historischen Zeitpunkt vorüber gehen, wo auch der geistigen Entwicklung einmal neue Bahnen gewiesen werden könnten.

Denn man täusche sich doch nicht darüber, daß alle Einzelreformen im Lehrbetrieb den alten Wein nur in neue Schläuche gießt, und daß diese Studentenschaft vom Geist der neuen Zeit auch nicht einen Hauch verspürt hat. Denn die Ausführungen eines Sozialisten, der auseinanderlegte, daß gerade das Ideal der freien Wissenschaft — auch einer von den nicht zu Ende geträumten Träumen der bürgerlichen Studentenschaft — nun in der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen ist, diese Ausführungen wurden einfach nicht verstanden. Dies nun also ein lehrreiches Beispiel für viele. Es bleibt noch zu erwähnen, daß die Einwände einer kleinen, aber wachen Opposition von einer geschickten Geschäftsordnung durch grostartige Machinationen wirkungslos untergingen. — Was ist nach alledem die Aufgabe einer zielbewußten Minderheit? Nicht mehr und nicht weniger als die Zusammenfassung aller — sagen wir einmal republikanischen — Studenten zu ständiger Ueberwachung und dauerndem Protest gegenüber einer erdrückenden rückschrittlichen Mehrheit. Vor allem aber hat diese Minderheit die Pflicht, den Posten zu halten, los von der — hoffentlich nicht mehr fernen — Zeit, wo der neue Geist auch in die Hochschule einzieht.

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos

Kukirol 100000 fach bewährt

Preis M. 2,50. –

In Apotheken u. Drogerien erhältlich

Drogerie Kreyer, Lindenstr. 55, Drogerie Matter, Ludwig Wuchererstr. 71, Drogerie Philipp, Magdeburgerstr., und Drogerie Steinbach, Königstr. 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200803-18/fragment/page=0003

Jedem das Seine.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

Die reaktionäre Beamtenschaft benutzt ihre Fachblätter zu dauernder Agitation für die Rechtsparteien. Obwohl die ungezählten Beamtenvereine immer wieder beteuern, politisch neutral zu sein, bringen sie täglich in ihrer Fachpresse Anwürfe gegen die Sozialdemokratie. Beamten mit sozialdemokratischer Ueberzeugung gelingt es selten, diesen Parasiten am Volkskörper in solchen Organen auch nur im Wege der Berichtigung entgegenzutreten. Man schämt sich, als freier Beamter diesen Schmutz als „geistige Nahrung der Intelligenz" verbreitet zu sehen. Nicht genug kann man sich tun, immer wieder auf alte Vorrechte hinzuweisen, die hoffentlich bald Vergangenem angehören. Dieser Standesdünkel, dieses elende Mehrseinwollen feiert wahre Orgien als Zeichen allgemeiner Denkträgheit.

Die „Deutschen Verkehrsblätter" als Organ des Deutschen Beamtenvereins E. V. (zurzeit 14 000 Mitglieder) bringen in ihrer Nummer vom 15. Juli einen Artikel mit der Bezeichnung: „Ein offenes Bekenntnis des preußischen Finanzministers Lüdemann". Als Motiv dient eine kürzlich erlassene Verfügung, in der es heißt: „Grundsätzlich ist jeder Beamte verpflichtet, seine volle Arbeitskraft dem Staate zu widmen, und wenn die dienstlichen Verhältnisse es erfordern, auch über die Dienststunden hinaus zu arbeiten, ohne daß ihm hierfür eine besondere Entschädigung gewährt wird. Von diesem Grundsatz sind in letzter Zeit einige Behörden abgewichen. Diese Ausnahmen sind alsbald wieder zu beseitigen, zumal auch die am 1. April d. Js. in Kraft getretene neue Besoldungsreform den Beamten auskömmliche Gehälter sichert."

Hierzu äußert sich der Verfasser über den sozialdemokratischen Minister wie über die alte Sozialdemokratische Partei auf seine Art, indem er sagt, deren Grundsatz sei „dem Arbeiter alles, dem Beamten nichts!"

Leidenschaftlich verurteilt jeder freie Beamte solche Verdrehung. Noch dazu weil er weiß, daß diese von Menschen ausgeht, die ihren Unsinn selbst nicht glauben, sondern, die infolge ihrer Intelligenz solche Worte nur anwenden, um ihre Gedanken zu verbergen.

Leidenschaftslos will ich auf Grund fester Tatsachen über diese Handlungsweise urteilen. Es soll jedem überlassen sein, das ihm hiernach nötig scheinende Urteil zu fällen.

Man spricht von Grundsätzen des Finanzministers Lüdemann, ohne gelten zu lassen, daß dieser als Minister nur die berufliche Pflicht hat, die Gesetze auszuführen. Die von ihm erlassene Verfügung nimmt ihren Ursprung aus der Amtsperiode des verflossenen Eisenbahnministers Thielen. Der Wortlaut ist bekannt durch eine Verordnung vom 17. Dezember 1894, welche in der Dienstvorschrift „Gemeinsame Bestimmungen für alle Beamte" nachzulesen ist.

Grundsatz unserer Partei sowie der freien Beamtenschaft, überhaupt jedes Sozialdemokraten ist es, hier für Aenderung in Gestalt neuzeitlicher Gesetze einzutreten. Wie von seiten der Rechtsparteien an die Lösung der Frage über das in Kürze zu erwartende Beamtenrätegesetz herangetreten wird, läßt uns deren Verhalten in der Verhandlung über das Betriebsrätegesetz unschwer erraten.

Abstoßend, verblödend wirkt es, wenn behauptet wird, den Arbeitern wird jede, auch jede Forderung bewilligt, weil sie streiken könnten. Den Beamten brauche man nichts zu bewilligen, weil die nicht streiken dürfen. Ich stelle fest, daß es in unserer Republik jedem Manne freisteht, sich das Streikrecht zu nehmen. Jenen intelligenten Memmen, diesen Rechtbeamten, beschleicht aber zitterndes Grauen, schlotternde Angst um die Brotstelle, wenn sie um ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte mit uns kämpfen sollen.

Das Reineinkommen eines ungelernten Arbeiters bei der Eisenbahnverwaltung erreicht nicht das Einkommen des Beamten der niedrigsten Stufe des Reichsbesoldungsgesetzes. Mittlere und höhere Beamte, die gegensätzlich: Behauptungen verbreiten, wissen das genau. Aber ihre Geldgier ist dauernd bemüht, die Masse der Beamten vor ihren Karren zu spannen. Sie nehmen an, vermöge ihrer eingebildeten Fähigkeit, diesen Führer sein zu können. Gemach ihr Herren, wir schätzen euch seit langer Zeit schon als Verführer ein.

Ueberstunden werden in seltensten Fällen von Beamten und Arbeitern gefordert. Es hat aber noch nicht festgestellt werden können, daß entgegen der Reichsverfassung über den gesetzlichen Arbeitstag im Rahmen monatlicher Gesamtaufrechnung Arbeitsleistungen ausgeführt sind.

Das Ausspielen der Beamten gegen die Arbeiter seitens der Rückwärtsler, wie die Anschläge auf die Arbeitszeit der Beamten werden auf den entschiedenen Widerstand jedes freigewerkschaftlichen Beamten stoßen; wie auch der Vorstoß gegen die Sozialdemokratische Partei dem Eingeweihten nur ein Lächeln ablocken wird. Er kennt seine Pappenheimer und ihre dunklen Beweggründe und ruft ihnen zu: „Mach Deine Rechnung mit dem Himmel, Vogt? Fort mußt Du, Deine Uhr ist abgelaufen!"

Krassin in London. Krassin ist in New Castle eingetroffen und sofort nach London weiter gereist.

Strafen in Sowjetrußland. Wie „Berlingske Tidende" aus Kowno meldet, hat der Präsident des revolutionären Kriegstribunals der russischen Sowjetregierung offiziell mitgeteilt, daß die Anzahl der verhängten Todesstrafen vom 2. Mai bis 26. Juni sich auf 600 beläuft. Hiervon wurden verhängt für Desertion 275, für gegenrevolutionäre Handlungen 35, für Verrat 38, für Aufruhr 45, für Marodeure 99, für Verbrechen 42 und für dienstliche Vergehen 33.

Wirtschaftliches.

Der Stand unserer Viehzucht.

Der gewaltige Rückgang des deutschen Viehbestandes während der Kriegsjahre hat seine unheilvolle Wirkung für Deutschlands Volksernährung schwerwiegend bemerkbar gemacht. Um unsere Viehzucht wieder zu heben, mußte man dem Landwirt neben ausreichenden Mengen von Futtermitteln auch angemessene Preise zahlen. Dies konnte geschehen, solange man aus den hohen Häutepreisen den Landwirten den hieraus erzielten Mehrerlös zur Verfügung stellte. Seitdem nun aber die Häutepreise so gewaltig gesunken sind, hat man neue Schlachtviehpreise festgesetzt.

Die letzte Viehzählung hat denn auch ergeben, daß sich unser Viehbestand wieder gehoben hat, und für die augenblicklich akute Frage des Abbaues der Zwangswirtschaft für Milch und Fleisch dürfte die nachstehende Statistik, wie sich unser Viehbestand seit dem Jahre 1914 gestaltet hat, von Interesse sein. Es wurden gezählt am:

	1. 12. 1914	1. 3. 1919	1. 3. 1920
Kälber unter 3 Monate	2 070 904	1 700 744	1 511 925
Jungvieh, 3 Monate bis 2 Jahre	6 849 729	5 146 837	5 149 175
2 Jahre und ältere Bullen	1 580 900	1 025 887	954 423
Kühe	11 316 536	9 182 373	8 597 931
Rindvieh	21 817 769	17 055 841	16 213 454
Schweine unter ½ Jahr	14 677 904	5 257 582	6 678 984
Schweine üb. ½ Jahr bis 1 Jahr	7 709 278	1 142 332	1 512 415
Schweine über 1 Jahr und älter	2 952 385	971 957	1 132 045
Schweine	25 339 627	7 371 871	9 323 444
Schafe	5 448 539	6 082 731	6 199 481
Ziegen	3 533 744	3 884 112	3 689 754

Das Ergebnis der letzten Viehzählung vom 1. Juni d. J. ist noch nicht abgeschlossen, soweit aber die Zählungen vorliegen, lassen sie erkennen, daß durchweg mit einer weiteren recht erheblichen Vermehrung unseres Viehbestandes, gegenüber der Zählung vom 1. März 1920, zu rechnen ist. Inwieweit bei den letzten Zählungen die abgetretenen und Abstimmungsgebiete berücksichtigt sind, steht nicht fest. Ist am 1. März 1919 der Viehbestand in diesen Gebieten mitgezählt, so würde er sich um diese Zahl vermindern, und das Ergebnis vom 1. März 1920 noch günstiger gestalten. Jedenfalls aber erfreut man aus der Statistik, daß sich unsere Viehbestände erfreulicherweise in den letzten Jahren wieder erheblich vermehrt haben und wenn man nun noch die Tiere in den Geheimstallungen mitrechnen würde, so wäre das Ergebnis noch weit günstiger.

Was uns im nächsten Jahre fehlt.

In der Denkschrift, die die deutsche Regierung den Alliierten in Spa überreichen ließ, ist eine Aufstellung der Produkte enthalten, die wir für das nächste Wirtschaftsjahr benötigen würden. Es handelt sich um 2 Millionen Tonnen Brotgetreide, 2 Millionen Tonnen Futtergetreide, 750 000 Tonnen Oelfrüchte, 180 000 Tonnen Fleisch und Speck, 144 000 Tonnen Fett, 580 000 Tonnen Fische, ferner 500 000 Tonnen Rohphosphate und 350 000 Tonnen Schwefelkies im Gesamtwerte von 3 403 600 000 Goldmark. Da die Goldmark etwa das Zehnfache einer Papiermark ist, würden diese Artikel über 30 Milliarden Mark kosten.

Vermischtes.

Ein Dinosaurier

ist in den letzten Wochen im Frankfurter Senckenbergischen Museum neu aufgestellt worden. Professor Drevermann berichtet darüber in der „Frankfurter Zeitung". Auf der einen Seite blickt man in die offene Brust- und Bauchhöhle. Auf dem Rücken schmiegt sich die geschrumpfte und eingetrocknete Haut überall dicht um das Knochengerüst. Die Haut eines Dinosauriers — das ist etwas so Unerhörtes, daß bisher nur zwei Museen auf der Erde ein solches Stück aufstellen konnten, das Neuyorker und jetzt das Senckenbergische. Das Riesenfossil (es handelt sich um die Gattung Trachodon) wurde 1911 in Wyoming gefunden. 77 Zentner wogen die Felsblöcke, in denen es eingeschlossen war, und über fünf Jahre lang arbeitete der Präparator Chr. Strunz daran, das Gestein herunterzumeißeln. Mit äußerster Vorsicht wurden die zarten Hautfalten freigelegt, wurde jeder Knochen herauspräpariert, und ganz besonders der prachtvolle Schädel ist hervorragend aus seinem Grabe herausgekommen. Im Gestein lag neben dem Trachodon ein Fisch, der beweist, daß der Kadaver, nachdem ihn die Wüstensonne zur Mumie ausgedörrt hatte, von einem Wolkenbruch fortgerissen und in einem stillen Flußwinkel von Sand bedeckt wurde. Aber nicht allein das. Aus der Leibeshöhle holte der Präparator die Reste der letzten Nahrung des Riesentiers, zerkautes Pflanzenmaterial, kohlig und tiefdunkel gefärbt, aber noch kenntlich. Lange ehe der Mensch auf der Erde erschien, lebten diese Giganten. Die Trachodon-Mumie des Senckenberg-Museums gibt in Gemeinschaft mit dem ebenso guten Stück der berühmten Neuyorker Sammlung zum ersten Male die Möglichkeit, das Aeußere eines der ungeheuren Reptilien, seine Nahrung und seine Lebensweise zu studieren und genauer, als es bisher möglich war, ein Tier der Vorzeit kennen zu lernen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Vom russisch-polnischen Kriege.

London, 2. Aug. „Evening Standard" meldet, daß 8000 bolschewistische Reiter an einem Punkte halbwegs zwischen Grodno und Warschau eingetroffen sind. Die Blätter erkennen den Ernst der Lage an. Besondere Aufmerksamkeit wird der Tatsache gewidmet, daß Krassin und Kamenew heute in London eingetroffen sind.

Polnische Bedingungen für den Waffenstillstand.

Amsterdam, 2. Aug. Der Vizepräsident des polnischen Ministeriums erklärte dem Berichterstatter der „Times" in Warschau, Polen könne einem Waffenstillstand nur unter drei Voraussetzungen zustimmen:

1. ein unabhängiger polnischer Staat ohne Einmischung der Bolschewisten in die inneren Angelegenheiten.
2. Keine Entwaffnung des polnischen Heeres.
3. Die alte polnische Grenze wird Demarkationslinie.

Nötigenfalls würde Polen bereit sein, die bei Abschluß des Waffenstillstandes bestehende Frontlinie als Demarkationslinie anzuerkennen.

Sachsens Eisenbahner gegen jeden Truppentransport.

Berlin, 3. Aug. Wie die Blätter aus Dresden melden, haben die sächsischen Eisenbahner beschlossen, alle Truppentransporte sowie Beförderung von Munition und sonstiges Heeresgerät unter allen Umständen abzulehnen, da eingehende Untersuchungen ergeben haben, daß die angehaltenen Transporte russischer Kriegsgefangener im Dienste einer kriegführenden Macht Verwendung finden sollen. Die sozialdemokratische Partei Sachsens schließt sich dem Vorgehen der Eisenbahner an.

Lebensmittel-Kalender.

Städt. Verkauf von Gerstenmehl an Kinder bis zu 12 Jahren, an Jugendliche von 12—17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an, ferner von Kerzen und Kakao in der Talamtschule am Mittwoch. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 72 501—78 500 vorm. von 8—12 und 78 501—84 500 nachm. von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Kinder bis zu 12 Jahren, an Jugendliche von 12—17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an 1 Paket Gerstenmehl zum Preise von 1 Mark abgegeben werden. Ferner können an jeden Haushalt 4 Kerzen zum Preise von 4,50 Mark für vier Stück und an jede Person eines Haushaltes 100 Gramm Kakao zum Preise von 3 Mark für 100 Gramm abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Lanzke, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

Allgemeiner Eisenbahner-Verband
Bezirkssekretariat Halle (Saale).

Am **Donnerstag, den 5. d. Mts.**, abends 8 Uhr, im Restaurant **„Mars la tour"**

Referat des Bezirksleiters.

Tagesordnung:
1. Aufgaben der Betriebsräte.
a. Als Vertreter der Arbeitnehmer
b. Als Faktor im Wirtschaftsleben.

Alle Betriebsratsmitglieder und deren Ersatzmänner, die Vertrauensmänner und Funktionäre sind hierzu dringend eingeladen. **W. Pietz.**

Achtung! Steuerabzug!

Datumsstempel zum Entwerten von Steuermarken, Invalidenmarken usw. sowie auch alle anderen Stempel liefert prompt und preiswert die
Buchhandlung der Volksstimme.

Weißenfels

Verkauf von Büchsenmilch.
Von Donnerstag, den 5. August 1920 an findet in nachstehenden Geschäften gegen Abgabe der Stammkarte der August-Kinderfleischkarte Verkauf von Büchsenmilch statt. Auf jeden Abschnitt werden 2 Dosen zum Preise von je 5 Mark verabfolgt.
Verkaufsstellen:
F. H. Krause, Jüdenstr.
Alfred Hossack, Jüdenstr.
Hoffstens Delikatessenhaus, Leipzigerstr.
Ww. Reichardt, Saalstr.
Konsum-Verein, Schillerstr.
Ablieferungstag der Stammkarten im Fettbüro, Marienstr. 1a am Donnerstag, den 12. August 1920.
Weißenfels, den 4. August 1920.
Der Magistrat.

Sozialdemokratischer Verein für Halle u. Saalkreis
(gegr. 1889)

Am **Freitag, den 6. d. Mts., abends 1/2 8 Uhr,** spricht der Genosse
Richard Krüger, Merseburg,
Mitglied des Reichstags,
im **großen Saale der „Thalia", Geiststraße,**
in einer öffentl. Versammlung der S. P. D. über das Thema:
Spa — Genf — Moskau.

Schon in Anbetracht dieser wichtigen, unser politisches Leben bestimmenden Fragen ist es notwendig, daß unsere Genossinnen und Genossen vollzählig erscheinen und für einen Massenbesuch Sorge tragen.

Der Vorstand.

Von der Reise zurück
Hans Schmidt,
Zahnpraxis
Leipzigerstr. 12, schräg gegenüber der Ulrichskirche.
Sprechzeit 8—1, 3—5.

Von der Reise zurück
Dr. Schober.

Eheleute! Frauen!
Verlangt umsonst Prosp. über
Mutterschutz Inna
v. P. Schwärecke, Hettstedt.

Unsägliches Elend liegt heute auf vielen Eheleuten und namentlich auf allen, denen die heutigen Verhältnisse eine baldige Heirat unmöglich machen. Verlangen Sie gegen Einsendung v. M. 1.— Aufklärung in geschlossenem Umschlag v. Faust-Verlag, Dessau 38.

Dauerhafte Geldscheintaschen
in pa. Leder und jeder Ausführung!!
H. Krasemann
nur Schmeerstraße 19.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags **9** Uhr.

Gute Auskunft über die „erdolchte Front" erhält man in der Schrift von Heinig „Die große Ausrede" oder Kuttner, „Die erdolchte Front" (je 2,40 Mk). Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27.

Apollo-Theater.
Anfg. 8 Uhr:
Der **Graf v. Luxemburg.**
Vorverk. 9—1 u. 5—1/2 7.

Soeben ist erschienen:
Dantons Tod
Ein Drama von Georg Büchner.
Illustrierte Ausgabe.
Dieses unsterbliche Revolutionsdrama sollte von jedermann gekauft und gelesen werden. Ganz ohne Zweifel ist dieses Drama ein Geschenk des Himmels für die Jetztzeit, das möge man allerseits erkennen.
Fein kartoniert, illustriert, gedruckt auf holzfrei imitiert Japan Mk 12.—
Verlag der Volksstimme,
Gr. Ulrichstraße 27.

Bei Störungen u. Stockungen der Blutzirkulation gebrauchen Sie sofort stets die seit vielen Jahren erprobten echten Menstruationstropfen
„Frebar", extrastark.
Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelflaschen extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Haupt-depots: **Adler-Apotheke**, Geiststr. 15; **Sanitas-Depot**, Leipzigerstr. 11; **E. Kertzscher**, Leipzigerstr. (Ecke Poststraße); **E. Klappenbach**, Gr. Ulrichstr. 41. **M. Walsgott Nachf.**, Gr. Ulrichstraße 30. **Albert Schumann**, Steinweg 46/47, **Fritz Speer**, Große Ulrichstraße 63.
Generalvertrieb: 33
PHARMACOPIA, Berlin C. 19, Wallstraße 26.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200803-18/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Distrikt 9 und 9a. Dienstag, den 3. August, abends 7 Uhr im Restaurant „Zum Schultheiß", Merseburger Straße 10, Versammlung. Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig. **Der Distriktsführer.**

Werbeausschuß sozialdemokratischer Beamter. Am Mittwoch, den 28. Juli, um 7½ Uhr abends findet in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße 14, eine **Versammlung der Vertrauensleute** des Werbeausschusses sozialdemokratischer Beamter statt. Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich. **Der Vorstand.**

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 3. August 1920.

Der Haushaltsplan in der Stadtverordnetensitzung.

Polizei und Kirche im Stadtetat.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten beschäftigte sich in der Hauptsache mit den augenblicklich im Vordergrunde des Interesses stehenden Haushaltsplane. Zirka 30 der im Etat vorgesehenen Kapitel wurden in der Beratung aufgerollt, mit mehr oder weniger wichtigen Ergänzungsanträgen verbrämt und schließlich außer einem Kapitel (Zuschuß an die Kirchen) bewilligt. Die Mittel zu dem Kirchenkapitel wurden infolge der ablehnenden Stellung der beiden sozialistischen Fraktionen verweigert. Die Unabhängigen stimmten außerdem noch gegen die Mittelbewilligung für den Polizeietat. Sie begründeten diese Stellungnahme damit, daß die „städtische" Polizei tatsächlich auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmung der Stadtvertretung gegenüber nicht im geringsten für ihr Tun und Treiben verantwortlich ist und die Stadtväter nur das sehr zweifelhafte „Recht" haben, dieser Institution die Geldmittel zu bewilligen. Bevor hier keine Aenderung geschaffen sei, müsse man die Mittel ablehnen. Wie der Vorsitzende Hennig (Unabh.) noch erklärend feststellte, hätte eine Verweigerung des Etats keine praktische Wirkung, da der Bezirksausschuß schließlich die erforderliche Summe einstellen würde. Von dieser Betrachtung ausgehend, stimmten unsere Genossen gegen den Antrag der Unabhängigen. Es muß an dem zuständigen Ort, im Parlament, eine Regelung dieser Frage im Sinne des gestellten Antrages durchgeführt werden, denn auch wir sind der Meinung, daß die Polizei der Stadtvertretung gegenüber verantwortlich sein soll und es für alle Zeit verhütet werden muß, daß ein in gewisser Hinsicht militaristischer Fremdkörper noch weiterhin zum Schaden der Bevölkerung am städt. Verwaltungskörper frißt. **Also nicht auf einen wirkungslosen Protest, der selbst nach Ansicht der Antragsteller nur einen negativen Erfolg haben kann, kommt es an, sondern auf eine rege Initiative der Vertreter im Parlament.** In dieser Hinsicht werden unsere dortigen Genossen schließlich durchsetzen müssen, daß die Polizeigewalt für alle Städte des Reiches in dem, im hallischen Stadtparlament gestern geäußertem Sinne endgültig umgestellt wird. Es wird noch eine ganze Reihe Städte im Reiche geben, die durch Erfahrung während der Kappiade gewitzigt, eine Aenderung der jetzt auf diesem Gebiete bestehenden Rechtsbestimmungen herbeiwünschen.

Aus der Sitzung selbst ist noch erwähnenswert, daß der Stadtrat Dr. Tepelmann um Zustimmung zur Ausscheidung aus seinem Amte als besoldetes Stadtratsmitglied ersuchte.

*

Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 2. August.

Nach Verlesung einiger unwichtiger Eingänge an die Versammlung eröffnete der Vorsitzende Hennig die Sitzung.

Nachträglich wurde die schon in der vorigen Sitzung vom Magistrat vorgeschlagene Besoldungsordnung für die Magistratsmitglieder angenommen.

Einem Antrag der Handels- und Büroangestellten, Ortsgruppe Halle, auf Ausdehnung der Fortbildungs-Schulpflicht auf weibliche kaufm. Angestellte bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, wurde nach lebhafter Debatte stattgegeben.

Um eine Reparatur an einem Wasserrohrsystem in der Gasanstalt vornehmen zu können, wurde die Summe von 45 000 M. bewilligt.

Es wurde hierauf in die Beratungen über den Haushaltsetat eingetreten.

Genehmigt wurden folgende Etats:

1. Straßenbahn für 1920.

Dieser Etat bedarf eines Zuschusses von 2 600 000 M. Aus den Ausführungen des Bürgermeisters Seydel war zu entnehmen, daß durch die erfolgte Neueinteilung des Straßenbahnverkehrs und die durchgeführten Verkehrsbeschränkungen das Defizit ausgeglichen worden ist.

Stv. Hildebrandt stellte den Antrag, die vorgenommenen Verkehrsbeschränkungen auf der Linie 9 aufzuheben und den Verkehr bis zum Endpunkt dieser Strecke wieder durchzuführen.

Bürgermeister Seydel begründete die dortige Beschneidung des Verkehrs mit der großen Unrentabilität dieser Endstrecke.

Gen. Wilke ersuchte, den Antrag Hildebrandt schon deshalb anzunehmen, weil durch die Beschränkung vor allem auch die Siedlung Sachsenland betroffen wird. Im Interesse der Beseitigung der Wohnungsnot und des Schulbesuches der Kinder dieser Siedler müsse eine derartige Einschränkung bedauert werden.

Gen. Müller frug an, ob nicht die Durchführung der Linie 4 bis zum Rosengarten möglich wäre.

Stv. Herold wies darauf hin, daß sich auch eine Linienführung nach dem Gertraudenfriedhof notwendig macht.

Der Antrag Hildebrandt wurde angenommen.

2. Stadtmagazin 1920.

Ein Antrag Ilgenstein, den Magistrat zu ersuchen, eine Deputation zur Verwaltung des Magazins einzusetzen, wurde angenommen.

3. Friedhofsverwaltung 1920.

4. Leihamt 1920.

Verhandelt und genehmigt wurden ferner folgende Kapitel der Stadtverwaltung:

Kap. IV. Gewinnbringende Unternehmungen.

Kap. VI. Allgemeine Verwaltung.

An diese Beratungen wurde die Aussprache über den Arbeiterrat angeschlossen.

Vom Haushaltsausschuß wurde dem Magistrat vorgeschlagen, trotz der Verfügung Hörsings und des Ministers des Innern, die Finanzierung des Arbeiterrates bis zum 31. August d. J. durchzuführen, da der A.-R. der Stadt große Dienste geleistet hat.

Die beiden Arbeiterratsmitglieder Günther und Kürbs zeigten in längeren Ausführungen, wie der Arbeiterrat des öfteren der Stadt große Verluste erspart hat, da er das Vertrauen der Bevölkerung genießt und infolgedessen oft bei drohenden Konflikten auf dem Wochenmarkt usw. vermittelnd eingreifen konnte. Auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens, der Preisfestsetzung der Entschädigung für Tumultschäden usw. hat der Arbeiterrat der Stadt große Dienste geleistet.

Die Versammlung trat hierauf dem Beschluß des Haushaltsausschusses bei.

Kap. VII. Polizeiverwaltung.

Wie vorauszusehen war, schloß sich hieran eine längere Debatte prinzipieller Natur zwischen der Linken und Rechten des Hauses.

Stv. Gelhaar begründet eine Erklärung der unabhängigen Fraktion, die besagt, daß einer Polizeiorganisation, die der Stadtverordnetensitzung gegenüber nicht verantwortlich ist und nur bezahlt werden muß, keine Mittel zu bewilligen sind. Außerdem muß gegen die Errichtung einer politischen Abteilung, die jetzt wieder eingerichtet ist, protestiert werden. Während des Kapp-Putsches wurde die Polizei der Militärgewalt unterstellt. Es mußte hier ein Dezernat geschaffen werden, dessen Leiter der Stadtverordnetenversammlung gegenüber verantwortlich ist.

Vorsteher Hennig erklärte, daß man es, wenn der Etat abgelehnt wird, einmal auf den Konflikt mit den staatlichen Institutionen ankommen lassen müsse, um die entgültige Behandlung dieser Frage im Parlament hervorzurufen.

Gegen die Stimmen der Unabhängigen wurde dieses Kapitel schließlich angenommen.

Kap. VIII. Staats- und Provinzial-Angelegenheiten.

Abgelehnt wurde mit den Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen das Kap. IX. Kirchenwesen.

Angenommen wurden weiter:

Kap. XIB. Museum.

Kap. XIC. Zoologischer Garten.

Kap. XII. Armen- und Fürsorgewesen.

Stv. Hildebrandt begründete hierzu in längeren Ausführungen einen Antrag, der den Magistrat ersucht, mit der Verwaltung der Universitätsklinik in Verhandlung zu treten, um dort eine bessere Verpflegung der dort untergebrachten Opfer des Kapp-Putsches herbeizuführen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Kap. XIII. Jugendamt.

Stv. Günther stellte zu diesem Kapitel den Antrag, die Zuwendung an die Jugendpflegevereine von 10 000 M. auf 30 000 M. zu erhöhen.

Der Antrag wurde angenommen.

Kap. XIV. Feuerlöschwesen.

Kap. XVA. Hochbauverwaltung.

Kap. XVB. Tiefbauverwaltung.

Kap. XVI. Stadtentwässerung.

Kap. XVII. Straßenreinigungswesen.

Kap. XVIII. Straßenbeleuchtung.

Kap. XIA. Stadttheater.

Kap. XIX. Gartenverwaltung.

Kap. XXA. Stadtgesundheitsamt.

Kap. XXB. Stadtkrankenhaus.

Kap. XXC. Nahrungsmittel-Untersuchungsamt.

Kap. XXD. Desinfektionsanstalt.

Kap. XXE. Stadtbad.

Kap. XXF. Freibäder.

Gen. Müller bemängelt hierbei, daß das städt. Freibad in vieler Hinsicht unzulänglich ausgestattet ist. Besonders das Frauenbad bedürfe einer dringenden Renovierung. Stv. Kürbs regte an, dort ein städt. Familienbad zu errichten. Außerdem wäre zu erwägen, am gegenüberliegenden Ufer ein Luft- und Sonnenbad herzustellen.

Kap. XXG. Sonstige Aufwendungen für die öffentliche Gesundheitspflege.

Kap. XXII. Statistisches Amt.

Kap. XXIC. Sonstige gemeinnützige Zwecke.

Hierauf stand folgender Antrag zur Debatte:

Der Magistrat wird ersucht, den Mitgliedern des Stadttheater-Orchesters eine später ratenweise zu verrechnende einmalige Beihilfe von 800 M. zu gewähren und dieselbe noch vor dem 1. August 1920 zur Auszahlung bringen zu lassen.

Die sich hieran anschließende endlose Debatte hatte nur das Ergebnis, daß der Antrag dem Theaterausschuß überwiesen wurde.

Vorsteher Hennig verlas ein Schreiben des Stadtrates Dr. Tepelmann, in dem derselbe die Versammlung ersuchte, seinem Rücktritt vom Amte als besoldeter Stadtrat zuzustimmen.

Gautag des Gaues Sachsen-Anhalt des „Reichsbundes der kriegsbeschädigten Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen".

2. Verhandlungstag.

Nach einigen Antragsberatungen referierte Kam. Framy-Magdeburg über „Die Tätigkeit der Militärversorgungsgerichte". Bedeutet auch das durch solche Gerichte geschaffene Recht der Klage eines abgewiesenen Rentenforderers gegen die Militärbehörde einen großen Fortschritt für die Versorgungsberechtigten, so bleiben doch für die Zusammensetzung dieser Gerichte die Stellung der dort wirkenden Vertrauensärzte zu vielen strittigen Fällen, wie Anerkennung der Dienstbeschädigung bei Nerven-, Gehirn- und sonstigen inneren Leiden, Brüchen usw. noch viele reformfordernde Wünsche übrig. Eine noch gründlichere Heranbildung der aus den Reihen der Versorgungsberechtigten stammenden Rechtsvertreter und Beisitzer bei diesen Gerichten muß hier den Einfluß der Kriegsopfer noch verstärken. Ueber den „Stand der Fürsorge im Gaubezirk" berichtete Kam. Bietz-Weißenfels (Geschäftsführer der Kriegsbeschädigtenfürsorge Halle). Das Referat war in der Hauptsache eine wuchtige Anklage gegen die Hauptfürsorgestellen, denen man bei ihrer Arbeit und der Besetzung der leitenden Stellen eine zu geringe Kenntnis der Kriegsopferfürsorge und einen Mangel des Verständnisses für die Beschädigten und Hinterbliebenen vorwarf. Man läßt auch hier den Bürokratismus mit seinen schädlichen Auswirkungen, ganz wie früher, ein unsterbliches Dasein fristen. Auch hierzu wurde die dringende Forderung einer größeren Heranziehung der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen bei den Beratungen der Fürsorgestellen und ihrer Beamtenbesetzung erhoben. Zu diesem Referat wurde die folgende Entschließung angenommen:

„Der 3. Gautag der Provinz Sachsen erhebt aufs neue die Forderung, die Hauptfürsorgestelle in Merseburg so umzubilden, daß sie in der Lage ist, praktische und nutzbringende Arbeit für die Opfer des Krieges zu leisten. Diese Forderung kann aber nur erfüllt werden, wenn der derzeitige Dezernent Landrat v. Schleinitz zurücktritt. Er mag überzeugt sein, daß er zufriedenstellende Arbeit für die Kriegsopfer leistet, aber an keiner Stelle der Provinz ist zu seiner Person und seinen Arbeiten das geringste Vertrauen vorhanden. Das Vertrauen wird auch nicht größer, wenn er glaubt, die vorhandenen Gegensätze mit Hilfe des Staatsanwalts aus der Welt zu schaffen. Die Hauptfürsorgestelle trägt einen wesentlichen Teil der Schuld, daß die Verordnung über die reichsgesetzliche Regelung in einer ganzen Anzahl von Städten und Landkreisen bis heute noch nicht zur Einführung gelangt ist. Die offenen Gegensätze zwischen dem Dezernenten einerseits und den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Landesbeirat anderseits verhindern ein ersprießliches Zusammenarbeiten zum Nutzen der Kriegsopfer. Der Gautag wendet sich heute deshalb an den Provinzialausschuß, dem Landesrat v. Schleinitz das Dezernat der Hauptfürsorgestelle abzunehmen, wenn nicht anders die Erbitterung der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen von Tag zu Tag größer werden soll."

Als Vertreter der Gewerkschaften im Regierungsbezirk versprach Arbeitersekretär Wernicke-Magdeburg für die Zukunft ein noch engeres Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit den Kriegsbeschädigtenverbänden.

Nach Erledigung einer Reihe von Anträgen wurde die Wahl des Gauvorstandes und Gauausschusses vorgenommen. 1. Gauvorsitzender wurde der bisherige Gauleiter, Kam. Röber-Magdeburg, zum Gauausschußvorsitzenden wurde Kam. Bietz-Weißenfels gewählt. Der nächste Gautag findet 1921 in Magdeburg statt.

Diese Tagung bewies wieder, wie eigentlich die Kriegsopferfürsorge gegenwärtig die wichtigste soziale Frage ist und deshalb die größte Beachtung im ganzen Volke verdient. Vor allem hätte man eine viel größere Vertrautheit der politischen Parteien mit dieser wichtigsten sozialen Frage erwartet.

Vgl.

Lemk, der erste Vorsitzende der hallischen U. S. P. als Wendelin Thomas Nr. 2.

Seit Sonntag vor acht Tagen haben sich die Unabhängigen einen neuen Vorsitzenden gewählt. Einen revolutionären ersten Grades natürlich. Nach der Wahl stellte sich dann heraus, daß er seit reichlich 1½ Jahren politisch organisiert ist, seit Dezember 1918. Nun wäre ja dieses nichts Außergewöhnliches, wenn er vor diesem Datum einer Gesellschaftsklasse angehört hätte, in welcher das Bekenntnis zur Sozialdemokratie die Aechtung und Brotlosmachung bedeutete. Aber der Arbeiter Lemck, der erst nach dem 9. November 1918 entdeckte, daß es für die Arbeiterschaft eine politische Organisation gibt, der steht doch in einem ganz anderen Lichte da, nämlich in dem eines Wendelin Thomas. Bei einem Arbeiter, der erst nach dem großen Umschwung seine indifferente Stellung aufgibt, ist es doch wohl notwendig, erst ein wenig nachzuforschen, wie er sich in der Zeit vorher zu den Bestrebungen der Arbeiter gestellt hat und ob diese Vergangenheit bestätigt, daß er ein berufener Interpret sozialdemokratischer Ziele und Grundsätze ist.

Diejenigen, die mit ihm zu tun hatten, haben ja die Ueberzeugung gewonnen, daß er alles andere, aber nur nicht dies ist. Beschämend ist aber, wie die meisten den Mantel der Verschwiegenheit darüber decken. Das ist bezeichnend für die jetzigen Zustände in der Arbeiterbewegung. Leute, die schließlich nicht nur durch bloßen Indifferentismus Verrat an der Arbeiterklasse begangen haben, spielen die große Geige und können durch ihre Unfähigkeit, die Verhältnisse richtig zu erfassen, die ganze Klasse an den Abgrund führen. Was tut das aber alles. Er, Lemck, hat bei den Gewerkschaften nicht Anklang gefunden. Diese sind konterrevolutionär, trotzdem sie wie ein Pudel vor der U. S. P. parieren, der Fall Winkler zeigte das zur Genüge. Lemck ist als Arbeitersekretär den Gewerkschaften nicht angenehm gewesen. Das ist der springende Punkt, alles andere ist Nebensache. Ob der Gewählte von Sozialismus eine Ahnung hat, tut nichts. Die Hauptsache, er versteht das Horn gegen die Gewerkschaften zu blasen.

Es sollte uns nicht wundern, wenn man an anderen Schreiern in der U. S. P. noch ganz andere Entdeckungen machte. Menschen, die nur vom Verrätergeschrei leben, stehen denjenigen ziemlich nahe, die da immer rufen: „Haltet den Dieb!"

Schiedsspruch für die Angestellten des Brauerei-Gewerbes.

Vom Schlichtungsausschuß wurde in Sachen der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände und Gewerkschaftsbund der Angestellten gegen den Sächs. Thür. Brauerverein, Bezirksgruppe Halle, folgende Vereinbarung getroffen:

I. In § 4 Z. 5 werden an Stelle des Wortes Ueberstunden folgende Worte gesetzt: „Ueberstunden zur Erfüllung gelegentlicher Dienstleistung".

In einer Anmerkung zu dieser Festsetzung soll es dann heißen: Ob gelegentliche Dienstleistungen vorliegen, wird durch den Dienstleistenden und den Arbeitgeber festgestellt. Bei Streitfällen wird der Betriebsrat hinzugezogen.

II. In § 5 Z. 2 wird die letzte Stufe der jugendlichen, d. h. die von 21 bis 22 Jahre, gestrichen. Die Ueberschrift Bl. 48 d. A. oben soll heißen: „Gehaltsgruppe kaufmännischer Angestellter vom vollendeten 21. Lebensjahre an".

III. Zu § 5 Gruppe 2 wird hinzugesetzt: „Vertreter erhalten außerdem eine monatliche Aufwandsentschädigung von 50 Mk."

IV. In § 5 Gruppe 3 werden die Worte „in Großbetrieben von über 100 000 hl Braurechtsfuß" gestrichen.

V. Die Anmerkung zu § 5 bleibt bestehen in Rücksicht des Absatzes 1. Der Absatz 2 wird gestrichen.

VI. § 6 Gruppe 2 und 3 soll folgende Gestalt annehmen:

a) Gruppe 2: Anfangseinkommen 925 Mk., Berufsjahre: 10, monatliche Zulagen: 30 Mk., Endeinkommen: 1225 Mk.;

b) Gruppe 3: Anfangseinkommen: 975 Mk., Berufsjahre: 10, monatliche Zulagen: 35 Mk., Endeinkommen: 1325 Mk.

VII. Die Arbeitszeit bestimmt sich nach § 4 des Manteltarifs. Indessen kann bei ungeteilter Arbeitszeit vom Arbeitgeber verlangt werden, daß Sonnabends 3 Stunden über den 2-Uhr-Schluß hinaus gearbeitet wird.

VIII. In Rücksicht der weiblichen Angestellten wird bestimmt, daß für Jugendliche kein Abzug stattfinden darf, daß indessen für weibliche Angestellte in Gruppe I 10 v. H. und für solche der anderen Gruppen 15 v. H. in Abzug gebracht werden können.

Weiter ist nachstehender Schiedsspruch verkündet worden:

	Anf.-Eink.	Berufsj.	monatl. Zul.	Endeink.
1. Allgem. Angestellte	840	10	15	990
2. Gruppe A	890	10	20	1090
3. Gruppe B	940	10	30	1240
4. Gruppe C	990	10	35	1340

Das Einkommen der technischen Angestellten muß jedoch 10 v. H. höher sein als dasjenige der höchstbezahlten Gruppe der ihnen unterstellten gewerblichen Arbeiter.

Beide Parteien unterwarfen sich dem Schiedsspruch.

Mitgliederversammlung des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Kollege Scheibe gibt bekannt, daß die Kollegenschaft der Firma Krokert (Steindruckerei) Lohnforderungen eingereicht hatten. Am 8. Juli haben Verhandlungen stattgefunden, welche zu dem Ergebnis führten: Weibliche unter 16 Jahren 8 M., über 16 Jahre 10 M., geübte über 16 Jahre 12 M., männliche 20 M. Die Firma Wolf (Buchdruckerei) hatte eine Kollegin entlassen; die Bemühungen der Verwaltung sowie des Betriebsrates waren erfolglos. Es wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, worauf die Kollegin wieder eingestellt wurde. Bei der Firma Kuhnt ist es derselbe Fall, auch hier mußte der Schlichtungsausschuß eingreifen; die betreffenden Firmen vertreten einen eigenartigen Standpunkt, dem Personal wurde geantwortet, wenn es nicht zufrieden sei, könne es streiken. Für das Hilfspersonal unter 17 Jahren sind noch keine Lohnsätze festgesetzt, trotzdem die Verwaltung alles mögliche versucht hat, mit der Prinzipalität zu einer Besprechung zusammen zu kommen, damit etwas Einheitliches geschaffen wird. Auch hier zeigt es sich, daß bei flauem Geschäftsgang wenig Interesse für das Hilfspersonal vorhanden ist. Koll. Märker erstattete den Kartellbericht. [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200803-18/fragment/page=0005

ratefrage zur Debatte gestanden. In der nächsten Sitzung sollen die Mitglieder entscheiden, ob die Betriebsräte den Gewerkschaften angeschlossen werden. Koll. Bielig führt hierzu aus, daß diese Frage noch zu ungeklärt ist und wir eine abwartende Stellung einnehmen wollen. Die Berichterstattung vom Verbandstag führte Koll. Scheibe aus, er betonte, daß er sich allen Beschlüssen nicht fügen konnte. Der Fall Crimmitschau habe es gezeigt, daß in dieser Angelegenheit zum Schaden der Kollegenschaft gearbeitet worden ist, mit solchen Mitteln erzieht man keine tüchtigen Mitglieder, vor allen Dingen wenn es sich um eine Kollegin handelt, welche schon längere Jahre eine Funktion in unserem Verbande hat. Redner schildert dann die neuen Beitrags- und Unterstützungssätze, hier mußte eine Aenderung vorgenommen werden, die letzte Bewegung hat gezeigt, daß die Unterstützung den jetzigen Verhältnissen entsprechend zu niedrig war. Die Wahl der sechs unbesoldeten Vorstandsmitglieder rief eine sehr erregte Debatte hervor, da diese Mitglieder nicht von der Zahlstelle gewählt werden, wo die Zentrale ihren Sitz hat, sondern aus anderen Zahlstellen. Kollegin Haferkorn führt aus, daß jede Vorstandssitzung sehr teuer zu stehen kommt und wünscht, daß mit den Beiträgen der Mitglieder keine Vergeudung getrieben wird. Koll. Gerig brachte hierauf folgende Resolution ein: „Die am 29. Juli 1920 im Restaurant Köppchen versammelten Mitglieder haben den Bericht des Koll. Scheibe vom Verbandstag entgegengenommen und protestieren gegen den Beschluß, die unbesoldeten Mitglieder aus dem Reiche zu entnehmen. Es kann den Mitgliedern nicht zugemutet werden, für derartige Verschwendungen die Verbandsbeiträge zu leisten." Koll. Bielig ermahnt die Versammelten, mehr Pünktlichkeit zu halten, bei Abholung der Unterstützungen sowie bei dem Zahlen der Beiträge.

Aufhebung der Zwangswirtschaft von Margarine, Speiseöl und Kunstspeisefett.

Vom 1. August d. Js. ab ist die Bewirtschaftung von Margarine, Kunstspeisefett und Speiseöl aufgehoben.

Nunmehr ist auch die diesjährige einheimische Ernte von nachstehend aufgeführten Oelfrüchten, nämlich Raps, Rübsen, Sonnenblumen, Senf (weißen und braunen), Dotter, Mohn, Lein, Hanf und Ackersenf (Hederich, Ravison), deren Erfassung für die Oel- und Fettversorgung der Bevölkerung nicht mehr unbedingt erforderlich ist, freigegeben worden. Die genannten Oelfrüchte sind also nicht mehr an den Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette abzuliefern. Gleichzeitig sind auch die bisher geltenden Preisfestsetzungen außer Kraft getreten.

Ueber die Auseinandersetzung mit denjenigen Oelfruchtanbauern, die bereits ihrer Ablieferungspflicht aus der diesjährigen Ernte genügt haben, finden noch Verhandlungen statt.

Innungskrankenkasse der Bau-Innung zu Halle und den Saalkreis. Die vom Ausschuß der Kasse beschlossene Satzungsänderung hat die Genehmigung des Oberversicherungsamtes gefunden und tritt, sofern durch gesetzliche Bestimmungen nicht ein früheres Inkrafttreten bedingt ist, am Montag, den 2. August 1920, in Kraft. In diese Satzungsänderung sind die Aenderungen der Reichsversicherungsordnung, sofern sie die Wochenhilfe und die Erhöhung des Grundlohnes betreffen, eingesetzt worden. Die Kasse hat die zulässig höchste Grenze des Grundlohnes von 30 Mark für jeden Tag eingeführt und zahlt demgemäß ein Krankengeld von 15 Mk. für jeden Kalendertag. Für die Mehrleistungen der Kasse ist eine Wartezeit nicht festgesetzt. Eine weitere wichtige Aenderung der Satzung betrifft die Erweiterung der Familienhilfe. Ehefrauen und Kinder unter 16 Jahren der Versicherten erhalten, sofern sie nicht versicherungspflichtig sind, außer Sterbegeld Krankenpflege und einen Zuschuß zu den Kosten der Krankenhausbehandlung. Die Krankenpflege umfaßt Behandlung durch praktische Aerzte und Zahnärzte und Versorgung mit Arznei sowie Brillen, Bruchbändern und anderen Heilmitteln. Der Höchstbetrag der Heilmittel ist auf 100 Mark festgesetzt. Die Familienmitglieder erhalten zur Beschaffung künstlicher Gebisse die gleiche Beihilfe wie die ordentlichen Mitglieder. Die Familienhilfe wird auf die Dauer von höchstens 26 Wochen gewährt. Die bisherige Wartezeit von vier Wochen für den Anspruch auf Familienhilfe ist aufgehoben worden, so daß vom 1. Tage der Mitgliedschaft an die Familienhilfe gewährt wird. Der Zuschuß zu den Kosten der Krankenhauspflege richtet sich nach dem Satze, den die Kasse für die ordentlichen Mitglieder an die Krankenhäuser bezahlt, und ist in Höhe des halben Satzes festgesetzt worden. Eine Erhöhung der Beiträge hat infolge der Erweiterung der Leistungspflicht der Kasse nicht stattgefunden. Sie betragen wie bisher 4½ v. H. des Grundlohnes; außerdem werden noch Zusatzbeiträge von den Mitgliedern mit Familienangehörigen in Höhe von 60 Pf. pro Woche erhoben. Hoffentlich ist es möglich, die Beiträge trotz der bedeutend gestiegenen Ausgaben für Krankenpflege, Krankengeld, und Sterbegeld auf diesem niedrigen Satze zu erhalten.

* **Verhalten in den öffentlichen Anlagen.** Von verschiedenen Seiten wird darüber Klage geführt, daß Lungenleidende in den städtischen Gärten und Anlagen rücksichtslos ausspucken, ohne zu berücksichtigen, daß kurz darauf mit dem derart verunreinigten Boden die Ansteckungskeime der Lungenschwindsucht von spielenden Kindern z. B. aufgenommen werden können. Jeder hustende Lungenleidende ist der Allgemeinheit gegenüber verpflichtet, mit seinem Auswurf nicht achtlos umzugehen; er ist auch sehr gut dazu in der Lage, denn jeder Lungenleidende kann in der Lungenfürsorgestelle (Salzgrafenstraße 1, Sprechstunden täglich von 3—6 Uhr nachm.) im Falle der Bedürftigkeit eine Spuckflasche unentgeltlich erhalten, die man unauffällig bei sich tragen und gebrauchen kann. — Die städtischen Aufseher sind angewiesen, darauf zu halten, daß Hustende ihren Auswurf nicht rücksichtslos neben die Bänke, auf die Wege und gar auf den Kinderspielplätzen entleeren.

* **Gedächtnisfeier für gefallene Buchdrucker.** Eine Gedächtnisfeier zu Ehren seiner im Weltkriege gefallenen Kollegen veranstaltete am Sonntag vormittag in der Aula des Stadtgymnasiums der Verband der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Halle. Ein Orgelpräludium sowie Händels „Largo" gaben den Auftakt. Nach dem bekannten Trauerchor „Wie sie so sanft ruhn", vorgetragen vom Gesangverein „Gutenberg", nahm Kollege Gen. Schröter das Wort zur Weiherede. Seinen Ausführungen legte er die Worte zu Grunde: Niemand hat größere Liebe als der, welcher sein Leben läßt für seine Brüder. 78 braven Kollegen widmete er diesen Spruch, welche allein von etwas über 500 zählenden Kollegen des Ortsvereins Halle ihr junges Leben lassen mußten. Nicht aus Liebe etwa zum deutschen Monarchen, noch aus Ruhmessucht verspritzten sie ihr Blut auf den verschiedenen Schlachtfeldern in Ost und West, in Nord und Süd, in der Luft und auf dem Wasser, sondern in dem Bewußtsein, all das namenlose Elend, den rauhen Krieg mit all seinen Schrecken von deutscher Scholle fern zu halten, und haben sie somit beigetragen zu Deutschlands kommender großen neuen Zeit, wenn wir jetzt auch die Uebergangszeit nicht gerade eine rosige nennen können. Redner wünschte die Einigkeit, die Geschlossenheit, welche 1914 alle beseelte herbei, um allen Parteihaß und Hader ein Ende zu bereiten, wozu jeder mit beitragen könnte. Am Schluß seiner Ausführungen übergab Gen. Schröter eine Ehrentafel, gestiftet vom Ortsverein, ein Werk des Kollegen Genossen Louis Schulz und eine weitere des Gesangvereins „Gutenberg", ein Werk des Kollegen Genossen Ackermann, der Kollegenschaft, unter den harmonischen Klängen des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden". Ein wuchtiger Männerchor „Märzluft" (Gesangverein „Gutenberg") und das herrliche Streichquartett „Des deutschen Kriegers Traum", vorgetragen vom Philharmonischen Orchester, schlossen die imposante Feier, welche der Halleschen Kollegenschaft noch lange im Gedächtnis bleiben wird.

A. ST.

Provinz und Umgegend.

Die Schonzeit im Bezirk Merseburg.

Der Bezirksausschuß zu Merseburg hat in seiner Sitzung am 14. Juli d. J. betreffs der Jagd für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg folgendes beschlossen:

1. Der Aufgang der Jagd auf Rebhühner, Wachteln und schottische Moorhühner wird auf Montag, den 23. August d. J. festgesetzt;
2. Betreffs der Schonzeit der Birk-, Hasel- und Fasanenhähne und Hennen verbleibt es bei dem gesetzlich festgesetzten Termine;
3. Betreffs der Schonzeit der Dachse verbleibt es bei dem gesetzlich festgesetzten Termin;
4. Die Schonzeit für Biber wird auf das ganze Jahr ausgedehnt.

Achtung Pilzsucher.

Mit dem Wiederbeginn der Pilzernte häufen sich auch wieder die Pilzvergiftungen. Diese würden sich leicht vermeiden lassen, wenn die giftigen Pilze bekannt wären. Dies ist sehr leicht möglich, da die Zahl der unbedingt tödlich wirkenden Gifte gering ist. Zwei Drittel aller Vergiftungen sind auf den Genuß des Knollenblätterpilzes zurückzuführen. Die Giftwirkungen treten oft erst 12—18 Stunden nach dem Genusse ein, so daß Gegenmittel nicht anzuwenden sind. Die Verbreitung der Kenntnisse dieses Pilzes, der in 3 Arten vorkommt und sehr leicht mit dem eßbaren Champignon (Schaf-Edelpilz) verwechselt werden kann, ist sehr wichtig. Es ist daher mit Freuden zu begrüßen, daß der Landesausschuß zur Verbreitung volkstümlicher Pilzkenntnisse eine Schrift „Der gefährlichste und häufigste Giftpilz und seine Doppelgänger" herausgegeben hat, die in der Geschäftsstelle Dresden, Kanzleigäßchen 1 II, zum Preise von 1 Mark zuzüglich Postgeld, bei größerem Bezuge billiger, zu haben ist. Dem Büchlein, das genaue Beschreibung und sieben naturgetreue Abbildungen enthält, ist weiteste Verbreitung zu wünschen. (Mitgeteilt vom Ausschuß für Kleingartenbau, Dresden, Kanzleigäßchen 1 II.)

Merseburg. Die Viehpreise im Kreise Merseburg. Die unheimlich zunehmende Verbreitung der Maul- und Klauenseuche erstreckt sich auf weitere 40 Gehöfte in unserem Kreise, davon zwei Viehbestände in der Stadt Merseburg, seit der letzten Meldung von etwa vierzehn Tagen, die 21 Seuchenfeststellungen berichtete.

Schkeuditz. Begrüßenswerte Entschlüsse der Stadtverordneten. Die letzte Stadtverordnetensitzung beschloß für die Errichtung eines öffentlichen Bades 25 000 Mk. zwecks Ankauf und Herrichtung einer freigewordenen Turnhalle, die sich zur Anlegung des Bades geeignet macht. Weiter wurde beschlossen, auf einem 14 Morgen großen Anger eine städtische Obstplantage anzulegen. Dafür wurden 10 237 Mk. bewilligt.

Papitz. Beim Spielen verschüttet. Bei ihrem Spiel in einer Sandgrube der Rentengutsgesellschaft wurden zwei Kinder in einer Höhle begraben. Ein neunjähriges Mädchen wurde getötet, das zweite sechsjährige Kind noch lebend, aber schwer verletzt geborgen.

Naumburg. „Volksgerichte." Diese mit so viel demokratischem Stolz genannten Gerichte urteilen immer noch ohne einen großen Teil des Volkes. Hier, wie auch anderwärts, mag es gelungen sein, einen Teil wirklicher Arbeiter auf die Geschworenenliste zu bringen; das ist aber auch alles. Geschworene aus dem Arbeiterstande gehören nach wie vor zu den weißen Raben, jedenfalls aus der Erkenntnis heraus, daß nur Landwirte, Fabrikanten und andere Geldbegabte objektiv zu urteilen imstande sind, um so der neuen Zeit das justitia fundamentum regnorum ad oculus zu demonstrieren. Richtig eingeschätzt vor einem Jahrhundert: Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort und Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage, weh dir, daß du ein Enkel bist; vom Rechte, was mit uns geboren ist, von dem ist leider nie die Frage! Der Beharrlichkeitszustand wird oben angeführt am besten gewahrt und die Sphinx lächelt wie vor tausend Jahren:

> Sitzen vor den Pyramiden
> Zu der Völker Hochgericht,
> Ueberschwemmung, Krieg und Frieden
> Und verziehen kein Gesicht.

Großheringen. Ein lohnender Beutezug. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde ein Einbrecher festgenommen, der reiche Beute aus verschiedenen Hamsterfahrten in anderer Leute Wohnungen mit sich führte: Er hatte sich den Mitreisenden dadurch verdächtig gemacht, daß er eine große Wurst unter sie verteilen wollte und öfter drei goldene Damenringe vom Finger zog und betrachtete. Außer diesen Ringen wurden bei ihm vorgefunden zwei goldene Damenuhren, drei Herrenuhren, davon zwei mit goldenen Ketten, eine goldene Halskette mit Anhänger, ein goldenes Armband, ein Geldtäschchen mit einigen Silbermünzen und 200 Mark Papiergeld, mehrere große Würste, eine Speckseite und drei Schinken. Außerdem führte er eine geladene Parabellum-Armeepistole mit etwa 20 Schuß und zwei neue Fahrräder mit sich.

Prosigk. Die gefährliche Hochspannungsleitung. Hier wurde am Fuße einer Hochspannungsleitung ein Knabe gefunden, dem die rechte Hand fehlte. Die fehlende Hand lag ein Stück entfernt im Grase. Der Knabe hatte einen Leitungsmast erklettert und war mit der Starkstromleitung in Berührung gekommen. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verletzte im Auto nach dem Köthener Kreiskrankenhaus geschafft, wo ihm der rechte Arm bis zum Ellenbogen abgenommen wurde.

Magdeburg. Grasse und Joseph. Eine Funktionärsitzung der Unabhängigen hat den wegen Schmalzschiebung verhafteten Grasse aus der Partei ausgeschlossen. Die Beweise müssen also so gravierend sein, daß man das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung nicht erst abwartete. Es ist zu verstehen, daß das „Volksblatt" in der letzten Donnerstag-Nummer uns den Fall Joseph aus Staßfurt „unter die Nase reibt", um uns zu zeigen, „wie faul es in unseren eigenen Reihen aussieht". Das ist ein unnützes Bemühen! Wir wissen seit langem, daß es in einer Millionenpartei immer Leute geben wird, die auf irgend eine Art auf Abwege kommen können. Wenn wir gezwungen sind auf solche Sünder in der U. S. P. D. besonders hinzuweisen, so ist daran der gespreizte Hochmut dieser Herren schuld. Wer in Versammlungen, in der Presse und in den Betrieben die politisch andersdenkenden Klassengenossen und ihre Führer stets als Verräter, Lumpen, Schurken, Volksbetrüger und Schlimmeres bezeichnet, der muß moralisch auf einer so hohen und unangreifbaren Warte stehen, daß der Schmutz der Alltäglichkeit nicht an ihn heranreicht. Die lange Geschichte der U. S. P. hat aber bewiesen, daß es in keiner Partei mehr menschelt, als in ihr. Ihre Vertreter haben also alle Ursache, recht bescheiden zu sein, wie es dem geziemt, der so viel Dreck am Stecken hat. —

Aus aller Welt.

Karl der Letzte oder der Affe auf dem Esel.

In einer Sitzung des Landtags von Vorarlberg zu Bregenz hat, wie die „Vorarlberger Wacht" in Dornbirn meldet, Genosse Preiß Karl den Letzten sehr treffend als einen Kindskopf bezeichnet. Deshalb wurde er von dem monarchistisch gesinnten Landeshauptmann Dr. Ender „gerügt". Dr. Ender nannte die Bemerkung des Genossen Preiß eine „Geschmacklosigkeit", mit dem Hinweis darauf, daß der Habsburger Karl bei seinem Besuche in Bregenz von der Bevölkerung bejubelt wurde. Da kommt einem folgende Anekdote aus dem Leben Friedrichs II. in den Sinn. Dieser Preußenkönig ritt einmal mit seinem Gefolge durch eine Stadt seines Reiches, bejubelt von einer Menge Schaulustiger. Ein Begleiter des Königs machte die Bemerkung: „Eure Majestät, das Volk ist doch noch anhänglich und treu." „Ach was!" rief der König unwillig aus, „wenn ein Affe auf einem Esel durch die Stadt reitet, jubeln sie auch."

Versammlungs-Kalender

Neumark. Dienstag, den 3. 8. bei Naumann in Crumpa, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Erläuterung des Erfurter Programms. 2. Bericht vom letzten Parteivergnügen. 3. Verschiedenes. Um vollzähliges Erscheinen wir gebeten.

Könnern. Am Dienstag, den 3. 8., abends 8½ Uhr, findet die fällige Mitgliederversammlung statt. Um Erscheinen wird dringend gebeten. Der Vorstand.

Delitzsch. Dienstag, den 3. August, abends 8½ Uhr: Sitzung des Vorstandes und der Pressekommission. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig. Der Vorstand.

Naumburg. Donnerstag, den 5. d. Mts., abends 8 Uhr, finde im Schützenhaus unsere nächste Vierteljahrs-Versammlung statt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. Der Vorstand.

Merseburg. Im Restaurant Hohenzollern findet am Donnerstag, den 5. d. Mts., abends 8 Uhr, eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Im Anbetracht der zur Verhandlung stehenden außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Kleines Feuilleton.

Stadttheater.

Volkssinfonie-Konzert des Stadttheater-Orchesters.

Die Spielzeit des Stadttheaters wurde mit einem Volks-Sinfonie-Konzert abgeschlossen, das dank der billigen Eintrittspreise ein ausverkauftes Haus brachte. So anerkennenswert es ist, dem Volke den Genuß dieser Musik zu verschaffen, so vorsichtig muß aber auch bei der Auswahl des Programms vorgegangen werden. Da leider das hallische Musikleben außerhalb der Rampe auf dem Aussterbeetat zu stehen scheint, wir sehr wenig Gelegenheit gehabt haben, gute Volkskonzerte zu hören, ist vor allem Rücksicht zu nehmen auf die Besucher der Volkskonzerte. Die meisten Zuhörer sind doch wohl musikalisch wenig oder gar nicht vorgebildet und sollen erst zum Verständnis der sinfonischen Musik erzogen werden. Nach welchen Gesichtspunkten die Auswahl des gestrigen Programms getroffen war, ist mir nicht klar. Gewiß ist Beethovens Pastoral-Sinfonie als eine gewaltige Offenbarung der Natur für solche Abende geeignet. Warum aber dann Jean Sibelius' „Schwan von Turnela" und „Nocturno", „Elegie" aus der Suite „König Kristian II.", und zum Schluß „Tod und Verklärung" von Richard Strauß? Warum sind nicht weitere Dichtungen bevorzugt, die leichter verständlich die Natur besingen? — Beethovens Sinfonie Nr. 6 (F-Dur) bringt die Liebe des Meisters zum Land, zur Natur zum Ausdruck. Landleben, Naturleben ist ihr bestimmter Inhalt. Wie das Werk aufgefaßt ist, hören wir vom Komponisten selbst: 1. Erwachen heiterer Empfindungen auf dem Lande. 2. Szene am Bach. 3. Lustiges Zusammensein der Landleute. 4. Gewitter und Sturm. Hirtengesang. Frohe und dankbare Gefühle nach dem Sturm. Die Sinfonie ist ein Abbild der beseelten Natur — mehr Empfindung als Malerei —, so wie sie Beethoven geschaut hat. Sie öffnet uns seine Seele und läßt uns das erkennen, was die Rückkehr in den Schoß des Naturlebens ihm gegeben hat. Der Dichter lebt in der Natur — so hat er sie geschaut und geliebt, so hat er ihr sein Danklied gesungen. Wenn er auch anders wie sein großer Lehrer Haydn — der mehr auf die Aeußerlichkeiten der Naturwiedergabe verfallen war — eine Seele suchte, eine Idee herausschälte, so stimmte er mit diesem in der sparsamen, aber treffenden Verwendung der musikalischen Mittel überein. Er hat in der „Szene am Bach" den Gesang der Nachtigall, den Wachtelschlag und den Kuckucksruf nachgeahmt und in der Partitur sogar das Wort Nachtigall und Wachtel hingeschrieben. Eine ganz andere Musik tritt uns in der Tondichtung „Tod und Verklärung" von Richard Strauß entgegen. Hier wird mit den gewaltigsten Mitteln der Instrumentation das Hindurchringen durch den Tod zur leuchtenden Verklärung geschildert; hier ist es das unbestimmte, wirre Menschenschicksal gewesen, dessen Rätsel der Komponist zu lösen sucht.

Der Leiter des Konzerts, Kapellmeister Oskar Braun, der uns als Operndirigent rühmlichst bekannt ist, bewährt sich auch als Konzertdirigent. Beethovens Eigenart ließ er recht klar hervortreten, besonders die „Szene am Bach" war recht wirksam herausgehoben. Die Straußische Schöpfung schien ihm nicht so gut zu liegen. Bei den sinfonischen Variationen für Violoncello war die Begleitung manchmal zu laut, sonst aber wurde die Rhythmik gut durchgeführt. Bei allem — der Operndirigent war zu merken.

Der Solist des Abends, Solo-Cellist Franz Weise, Mitglied des Stadttheater-Orchesters, bewältigte seine Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit und heimste auch wohlverdiente Ehren ein. Es ist nur zu begrüßen, wenn einheimische Kräfte für solche Aufgabe herangezogen werden — gewiß wären nicht nur finanzielle, sondern auch künstlerische Vorteile zu verzeichnen. — Auch unserm Stadttheaterorchester sei für den Abend gedankt. Wer sich an solche Aufgabe wie „Tod und Verklärung" heranwagt, der wird auch vor den schwierigsten Werken nicht zurückschrecken. Es wäre nur zu wünschen, daß wir in der kommenden Zeit mehr vom künstlerischen Können unseres Stadttheater-Orchesters hören könnten. Der lebhafte Beifall bezeugte den Dank der Zuhörer für den wohlgelungenen Abend.

rP.

Literatur.

Sämtliche hier angezeigte Bücher und Schriften können, wie überhaupt jedes andere Buch, durch die Buchhandlung der „Volksstimme" Gr. Ulrichstraße 27 bezogen werden.

Die Geschichte vom hölzernen Bengele. Eine lustige und lehrreiche Erzählung für große und kleine Kinder. Nach C. Collodi deutsch bearbeitet von Anton Grumann. Mit 77 Bildern. Herder u. Co., Verlagsbuchhandlung in Freiburg i. Br. Geb. 6 Mk. plus Zuschläge.

Unsere Erzählerliteratur für Kinder ist mit diesem köstlichen Buche um ein gutes Werk bereichert worden. Da in guten Jugendschriften bei uns durchaus kein Ueberfluß besteht, wird die lustige und ernste Geschichte von dem kleinen Bengele bei unseren Kleinen dankbar aufgenommen werden. Mit ganzem Herzen werden sie die tollen Streiche, das Glück und Unglück des lebendigen Hampelmanns verfolgen, bald jauchzend die mannigfachen Abenteuer miterleben, bald mit dem kleinen, hölzernen Tunichtsgut über sein Mißgeschick trauern. Die erzieherische Seite des Buches wird nicht in pedantischer Weise aufgetragen, sondern ist mit allen Erlebnissen und Streichen des komischen Helden verquickt, wodurch die kleinen Leser von selbst auf den Weg des Guten gelenkt werden. Die lebendige Darstellung des Stoffes gewinnt noch durch zahlreiche äußerst anschauliche Bilder an Beweglichkeit und wird das Interesse von Anfang bis Ende wachhalten. Das ansprechende Schriftchen kommt für Kinder vom sechsten Jahre an in Betracht und wird auch mit seiner 13. Auflage viel Anklang finden.

W. L.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200803-18/fragment/page=0006
DFG